

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
5. Februar 1912

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Klara Joffin (Zunel), Wilhelmshöhe,
Postweg 10 bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Was nun? Von N. Luxemburg. — Die Teuerung. (Für die Leses- und Diskussionsabende.) Von Käthe Dunder. — Ein aufgeklärter Despot? Von F. Mehring. — Die Beteiligung der Frauen an unserem Wahlkampf und -sieg. Von Luise Zieg. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Ein Kurfus über die Ziele und Forderungen der Sozialdemokratie für die Bremer Genossinnen. — Leopold Liepmann † — Ein internationaler Glückwunsch. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Lohnkampf in der Aschaffenburg Konfektionsindustrie. Von H. St. — Lohnbewegung im Schneidergewerbe. Von H. St. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F. — Rotizenteil: Dienstofffrage. — Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels und Verkehrswezens. — Fürsorge für Mutter und Kind. — Frauenstimmrecht. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauen in öffentlichen Ämtern. — Frauenbewegung.

Was nun?

1. Die neue Situation.

Seit beinahe zwei Jahren war das Leben der Sozialdemokratie in der Hauptsache auf die Reichstagswahlen gestimmt. Das große Ereignis ist nun vorüber, und wir können eine Umschau über die allgemeine Lage halten. Ist durch die Reichstagswahlen eine ganz neue Situation geschaffen, die neue politische Ausrichtungen verspricht und vielleicht eine Änderung der bisherigen Taktik unserer Partei gebietet? Wenn man die liberalen Blätter liest, so möchte man das beinahe glauben. Ein Siegesjubel und ein Freudenrausch geht namentlich durch die freisinnige Presse: der schwarz-blaue Block ist geschlagen, eine oppositionelle Mehrheit der Linken im Reichstag gegen die junkerlich-kerikale Reaktion geschaffen, und dies alles — ein Ergebnis der entschiedenen Frontstellung des liberalen Bürgertums gegen rechts! Die gegenseitige Wahlhilfe des Liberalismus und der Sozialdemokratie in den Stichwahlen, so heißt es, habe diesen grundlegenden Umschwung in der politischen Situation herbeigeführt. Nun hänge der Himmel Deutschlands voller liberaler Geigen, sofern die Bundesbrüderschaft zwischen Arbeiterpartei und Bürgertum im Reichstag zu einer dauernden werde. Diese Melodien mögen nicht übel klingen, namentlich im Ohr jener Handvoll sonderbarer Schwärmer in unseren eigenen Reihen, die schon seit geraumer Zeit eine entscheidende Wendung in der Politik Deutschlands von einem „Großblock von Bismarck bis Bebel“ erhofften und eine fröhliche Urständ des allgemein totgeglaubten Liberalismus prophezeiten. Leider ist auch diesmal die von ihm selbst geräuschvoll verkündete Auferstehung des bürgerlichen Liberalismus nichts als ein großer Humbug. Der freudige Glaube, den er mit seinen Renommistereien auch bei manchen Sozialdemokraten gefunden hat, konnte nur im ersten Rausche des Sieges aufkommen.

„Zahlen und Tatsachen, Tatsachen und Zahlen!“ wie Mister Boudier in Dickens „Garten Zeiten“ zu sagen pflegt. Wie sieht die Legende von der mannhaften Jugend des Liberalismus im Lichte der Zahlen und Tatsachen aus? In der Haupt-

wahl errang sein linker Flügel 0, sein rechter 4 Mandate. Damit kehrte die Lage von 1903 als die normale wieder zurück, und die erste feststehende Tatsache ist die: der Liberalismus existiert als selbständige politische Partei aus eigener Kraft überhaupt nicht mehr. Der stolze Kämpfer, mit dem Arm in Arm die Sozialdemokratie ihr Jahrhundert in die Schranken fordern soll, kann selbst nur noch von Gnaden der Sozialdemokratie oder der Reaktion leben.

Es folgten die Stichwahlen, und nun begannen die eigentlichen Heldentaten des Liberalismus. Nur in Bayern und in den Reichslanden folgten die liberalen Wählermassen im allgemeinen an den ersten beiden Stichwahlen der Lösung: die Front gegen rechts. Wie aber war ihre Stellung im übrigen Reiche? Am ersten Stichwahltag lieferte die Volkspartei 16 Wahlkreise an die Reaktion aus, die Nationalliberalen taten in zwei Kreisen desgleichen. Am zweiten Stichwahltag spielte die Volkspartei zwei Wahlkreise glatt den Antisemiten in die Hände; ausgenommen Köln und Heilbronn zerstoßen in fast allen anderen Kreisen die liberalen Wähler in der Weise, daß eine kleine Zahl für die Sozialdemokratie stimmte, die größere Zahl aber zur Reaktion überließ und der Sozialdemokratie in den Rücken fiel. Wenn wir dennoch im zweiten Stichwahltag eine so große Anzahl Mandate eroberten, so war dies letzten Endes deshalb möglich, weil wir noch Reserven an die Urne brachten und namentlich weil wir bereits in der Hauptwahl einen Vorsprung gewonnen hatten, der groß genug war, daß uns auch die liberalen Verräter nicht zu Fall zu bringen vermochten. Und genau dasselbe, ja noch Schlimmeres, ereignete sich am dritten Stichwahltag: in sämtlichen Wahlkreisen, wo wir siegten, liefen Fortschrittler wie Nationalliberale in ihrer Mehrzahl ins Lager der Reaktion über. Fielen doch zum Beispiel in Potsdam-Dshavelland von 11000 fortschrittlichen Stimmen ganze 1200 der Sozialdemokratie und 6200 dem Reichsparteiler zu! Auch an diesem Wahltag wären unsere Siege unmöglich gewesen ohne das starke Übergewicht unserer Wähler schon im ersten Wahlgang. Die liberalen Stimmen, die wir an den letzten beiden Stichwahltagen erhielten, wogen in den allerwenigsten Wahlkreisen die liberalen Stimmen auf, die gegen uns die Reaktion stärkten.

Das so verschiedene Resultat der beiden letzten Stichwahltag im Vergleich zum ersten wurzelt also nicht etwa darin, daß die liberalen Mannschaften nach einigem Straucheln auf dem rauhen Wege der Tugend fest entschlossen vorwärtsmarschiert wären. Es erklärt sich aus dem viel einfacheren Umstand, daß die weise Strategie der Regierung just alle die Wahlkreise zuerst ins Feuer schickte, in denen sich die Sozialdemokratie in der schwächeren Position befand, während sie bei den Stichwahlen der beiden letzten Tage von vornherein als die stärkere Partei an der Spitze stand. Die Legende von der großen rettenden liberalen Wahlhilfe für die Sozialdemokratie kann somit nur von Fortschrittlerkolportieren werden, die allen Grund haben, sich und der Welt blauen Dunst vorzumachen. Nicht dank der liberalen Hilfe, sondern trotz des Verrats der liberalen Wählermassen sind uns so zahlreiche

Mandate zugefallen. Aus eigener Kraft siegten wir, wo uns Fortschrittler wie Nationalliberale entgegenstanden, und aus eigener Kraft legten Endes siegten wir im allgemeinen, wo uns die Reaktion gegenübertrat. Die 4^{1/2} Millionen eigene Wähler, die sozialdemokratischen Massen in ihrem ersten machtvollen Anlauf trugen unsere Fahnen bis in die letzten Stichwahlen siegreich über reaktionären Widerstand und liberalen Verrat hinweg.

Diese Tatsachen zu verschleiern mag in wohlverstandener Interesse der liberalen Politiker liegen. Die Sozialdemokratie dagegen würde sich des größten Fehlers für den politischen Kämpfer schuldig machen — der Unterschätzung der eigenen Macht —, würde sie diese liberale Legendenbildung unterstützen. Aus eigener Macht, selbständiger als je, aus der historischen Urkraft des proletarischen Klassenkampfes schöpfend, von ihrem Gegensatz zu allen bürgerlichen Parteien getragen, hat die Sozialdemokratie ihren großen Steg erfochten. Und es wäre ein Unrecht an den begeisterten Massen des Proletariats, die uns in Millionen zugeströmt sind, wollten wir diesen Sieg, ihren Sieg durch eine irrtümliche Ausdeutung im Sinne der Liberalen verkleinern. Freilich hat man auch von unserer Seite die klaren Linien des Hauptkampfes äußerlich für einen Moment verwischt und die Legende von der liberalen Waffengemeinschaft und den liberalen Heldentaten mit aufbauschen helfen. Das aber einmal durch das etwas zu geschäftige Werben um liberale Unterstützung seitens unserer Zentralorgane, dann in der ganzen Stichwahlkampagne durch die Parole „gegen den schwarzblauen Block“, die im Gleichklang mit den Liberalen von unseren führenden Instanzen etwas zu laut vorgetragen wurde. Nun aber zeigt eine kühle Prüfung der Ergebnisse, daß wir von Anfang an bis zu Ende aus eigener Kraft kämpften und siegten und daß die liberale Hilfe im großen und ganzen ein Trugbild war. Sie entpuppt sich am Ende als eine bloß negative Tugend, die darin bestand, daß nicht auch der letzte liberale Wähler gegen uns für rechtsreaktionäre Kandidaten stimmte. Allerdings würde in manchem der umstrittenen Wahlkreise unser Sieg verhindert worden sein, wenn die Liberalen in ihrer Gesamtheit zur Reaktion übergegangen wären. Aber ist das ein Verdienst, das als die Grundlage einer zuverlässigen Waffenbrüderschaft in Anrechnung gestellt und gepriesen werden kann, wenn man von Partei zu Partei die Kräfteverhältnisse prüft? Die zusammenhanglosen, undisziplinierten liberalen Wählerhaufen, die sich in ihrer Mehrzahl jederzeit zur Reaktion schlagen, sind keine Armee, mit der die Reaktion geschlagen werden kann. „Aus Bappe baß ich kein Schwert,“ singt Siegfried. Und wie die Liberalen — die Fortschrittler eingeschlossen — durchweg in ihrer Mehrzahl trotz der offiziellen Wahlparolen ihrer Parteien der Reaktion Vorkampfdienste leisteten, so wurden sie auch von der Reaktion kräftig unterstützt. Die Tatsache steht fest, was immer die Varden des jüngsten liberalen Geldenepos darüber fabeln. Konservative und Antisemiten haben in einem Duzend Wahlkreisen den Fortschrittler, in einem anderen Duzend den Nationalliberalen gegen uns zum Siege verholfen. In anderen noch ist ihr helfendes Aufgebot von der überlegenen Macht der Sozialdemokratie zurückgeschlagen worden.

So hat sich die innere Zämmlichkeit des bürgerlichen Liberalismus wie seine Zusammengehörigkeit mit der Reaktion auch in diesen Wahlen trefflich bewährt, wie je. Und so ziemlich als das einzige wirkliche Ergebnis der glorreichen liberalen Waffenbrüderschaft mit der Sozialdemokratie bleibt die allerdings unzweifelhafte Tatsache, daß die sozialdemokratischen Wählermassen einige Duzende Abgeordnete dieser liberalen Sorte für den Reichstag aus der Flut gerettet haben.

Es wäre auch ein Wunder, wenn all dies anders sein würde. Parlamentarische Schachzüge und Wahlstrategien vermögen nicht geschichtliche Tatsachen zu ändern, Klasseninteressen zu bannen und Klassengegenstände zu überbrücken. Die großkapitalistische Entwicklung Deutschlands, die in den letzten Jahren machtvoll und mit so schwindelnder Schnelle fortschreitet, das imperialistische Zeitalter der Weltpolitik, das mit

Pauken und Trompeten eben eingesezt hat, werden durch keine parlamentarischen Kunststückchen aus der Welt geschafft. Ihre eherne Logik führt aber zu einer immer tieferen Zerklüftung der bürgerlichen Gesellschaft, und ihr eherner Schritt zerstampft erbarmungslos die letzten Reste dessen, was sich bürgerlicher Liberalismus und bürgerlicher Fortschritt nennt. Eine Aufertierung des bürgerlichen Liberalismus in Deutschland zur gemeinsamen Aktion mit der Sozialdemokratie gegen die Reaktion — ausgerechnet jetzt, in der Zeit des wachsenden Imperialismus — kann denn auch nichts anderes als ein narrender Traum, nichts als eine Spielmarke sein. Für bare Münze können dieses Blechplättchen nur diejenigen ausgeben, die ein Interesse an der Verwirrung des Klassenbewußtseins im Proletariat haben.

Mögen deshalb freisinnige Organe vom Schlage des „Berliner Tageblatt“ oder Politiker von der Art des Herrn Hausmann freudige Purzelbäume schlagen und auf den Trümmern des schwarzblauen Blocks triumphierend die Fahne der vereinigten Linken hissen — jener „Linken“, deren Mehrheit dieselbe nationalliberale Partei umschließen soll, die das „Berliner Tageblatt“ selbst erst gestern in einem lichten Augenblick „ein gefallenes Mädchen“ genannt hat. Die Sozialdemokratie kann ihre Hoffnungen und ihre Kampfstellung nicht auf die „gefallenen Mädchen“ des bürgerlichen Liberalismus stützen. Sie muß sich vielmehr in nüchterner Erkenntnis sagen: Die schwarzblauen Parteien sind geschlagen, aber die schwarzblaue Politik bleibt die herrschende. Die nächste Militärvorlage wird zeigen, daß die Sozialdemokratie im neuen Reichstag gegen die Reaktion so einsam dasteht wie je. Wer aber für den Militarismus und Imperialismus ist, der muß auch für die indirekten Steuern und Zölle sein, die zu jenen gehören, wie das B dem A folgt. Die geschlossene Mehrheit der bürgerlichen Parteien bei Militär- und Kolonialfragen wird bei Steuer- und Zollfragen höchstens durch einen häuslichen Streit etwas erschüttert werden, um das größere oder kleinere Feigenblatt einer Erbschaftsteuer, das den Raub an der arbeitenden Volksmasse verdecken soll. Die Fragen des Militarismus und Imperialismus stellen heute die Zentralachse des politischen Lebens dar, in ihnen und nicht etwa in der Frage der Ministerverantwortlichkeit und anderen rein parlamentarischen Forderungen liegt der Schlüssel zur politischen Lage. Und von hier aus gesehen, zeigt sich als Ergebnis des großen Wahlkampfes für uns die Erkenntnis: die politische Situation ist dieselbe geblieben, sie ist nur reifer geworden. Wir haben nicht einen Rückgang, sondern einen gewaltigen Aufschwung des Imperialismus und damit eine immer größere Zuspitzung der Klassengegenstände zu gewärtigen. Und dementsprechend haben wir auch als Signatur der Lage im neuen Reichstag nicht einen Gegensatz von „rechts“ und „links“, sondern nach wie vor den alten Gegensatz der gesamten bürgerlichen Parteien zur Sozialdemokratie. Dies so scharf wie nur möglich den Volksmassen zum Bewußtsein zu bringen, entgegen allen Faselereien der liberalen Geschichtsfälschung, das ist die erste dringende Aufgabe unserer Partei.

Ein neuer wichtiger Tatbestand und in diesem Sinne eine neue Situation ist allerdings durch die letzten Wahlen geschaffen worden. Es ist der beispiellose Machtzuwachs der Sozialdemokratie, als der Frucht der scharfen Klassenentwicklung und der Trägerin des revolutionären proletarischen Klassenkampfes. Ein solcher Machtzuwachs legt unserer Partei Verpflichtungen auf. Die gewaltige Stärkung unserer Anhängermassen nicht zu nützen, um für das klassenbewußte Proletariat neue Eroberungen zu machen, um die Sache des Sozialismus vorwärts zu bringen, würde beweisen, daß wir den Sieg nicht verdient haben.

2. Unsere Aufgaben.

Für liberale Politiker ist natürlich die erste Sorge nach dem großen Wahlkampf die weltbewegende Frage: Wer wird der Präsident des Reichstags sein? Eine herzlich gleichgültige Sache aber ist der Präsidentenposten im bürgerlichen Parla-

ment bei einer Dreiviertelmehrheit, zu der wir uns in allen Lebensfragen des Volkes im denkbar schärfsten Gegensatz befinden, für eine Partei wie die Sozialdemokratie, deren Macht nicht im Parlament, nicht in parlamentarischen Schachzügen und Stulffenschiebereien liegt, sondern draußen in den 4 1/2 Millionen Volksmassen. Bringt dieser Posten uns gar in Widerspruch mit unseren republikanischen Grundsätzen, so kann er uns ruhig durch irgend einen liberalen Spezialisten parlamentarischer Wichtigkeit gestohlen werden. Die hungrigen und geknechteten Millionen, die ihr Hoffen auf uns gesetzt, ihr Vertrauen uns geschenkt haben, brauchen unsererseits wirkliche Machtstellung, nicht dekorative Scheinposten in einem Parlament, in dem wir keine Mehrheit haben. Und eine wirkliche Machtstellung im Parlament kann sich unsere Partei nur schaffen durch die Gründlichkeit, Schärfe und Entschlossenheit ihrer Kampfaktive. Als die weitaus stärkste Partei des Reiches sind wir verpflichtet, auf der ganzen Linie in die Offensive überzugehen und so zum Mittelpunkt des politischen Lebens die Interessen, die Forderungen der Millionen zu machen, die hinter uns stehen.

Als erste dringende Aufgabe ergibt sich da für uns die energischste Weiterführung des preussischen Wahlrechtskampfes. Seit bald zwei Jahren haben wir die großartigen Massenaktionen für die Eroberung des demokratischen Wahlrechts in Preußen eingestellt, um alle Kräfte auf die Reichstagswahlen zu konzentrieren. Nun sind die Wahlen vorbei, der Sieg ist unser, und gerade dieser Sieg verpflichtet uns, die Massenaktion zur Erstürmung des Dreiklassenparlamentes mit verdoppelter Wucht wieder aufzunehmen. Vor dem sozialdemokratischen Siegeszug des allgemeinen Wahlrechts im Reiche muß das preussische Klassenwahlrecht wie ein morsches Braut zusammenbrechen. An uns liegt es jetzt, die Macht der proletarischen Massen auf den Plan zu rufen, die das Werk vollbringen werden, die politische Klassenfeste zu schleifen.

Offensive ist uns aber auch geboten im Reichstag selbst gegenüber dem Hauptfeind: dem Imperialismus. Die erste große Auseinandersetzung unserer Fraktion mit dem deutschen Imperialismus aus Anlaß der Marokkoaffäre hat gezeigt, daß unsere parlamentarische Taktik gegen diesen Feind noch nicht die nötige Schlagfertigkeit besitzt. Nachdem der Kampf gegen den Imperialismus bei den Wahlen eine so überragende Rolle gespielt und bei den Volksmassen im ganzen Reiche eine so rückhaltlose Zustimmung gefunden hat, sind wir verpflichtet, gegen ihn im Reichstag mit höchster Gründlichkeit und prinzipieller Schärfe aufzutreten. Der nationalen Phrase, die uns im Wahlkampf auf Schritt und Tritt entgegentrat und hinter der Militarismus, Marinismus, Kolonialpolitik, Kriegsschreden und persönliches Regiment lauern, müssen wir jetzt im Reichstag eine Generalschlacht liefern. Dazu ist die beste Gelegenheit geboten, wenn wir die harrenden neuen Militär- und Marinevorlagen mit einem Gesetzesentwurf zur Abschaffung des stehenden Heeres und zur Einführung des Milizsystems parieren. Die Vertretung unserer alten Programmforderungen in ihrem ganzen Umfang und allen ihren Konsequenzen würde uns eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Imperialismus in all seinen Teilercheinungen ermöglichen. Sie verleihe im Parlament der Stimmung und Auffassung jener Millionen ein kräftiges Echo, die soeben durch ihre Wahlzettel gesprochen haben.

Die Sicherung des bedrohten Reichstagswahlrechts fordert einen kraftvollen Vorstoß heraus. Die beste Verteidigung ist der Sieg. Die Sozialdemokratie wird ihn wirksam in Gestalt eines Antrags auf die volle Demokratisierung des Reichstagswahlrechts führen. Sie kann sich nicht damit begnügen, mit den Liberalen zusammen die Neueinteilung der Wahlkreise zu heischen, sie muß die Gesamtheit unserer Programmforderungen zum Wahlrecht erheben. Darin ist die Forderung des Frauenwahlrechts, das Bürgerrecht aller Großjährigen inbegriffen. Unsere Frauen, unsere jungen Männer unter 25 Jahren haben so viel zum glänzenden Siege der Sozialdemokratie beigetragen, daß ihre politische

Reife nachgewiesen, ihre politische Mündigkeitserklärung verdient ist.

Aber auch die Frage des täglichen Brotes der Massen, die im Wahlkampf im Mittelpunkt stand, muß zu einem kräftigen Vorstoß veranlassen. Die 4 1/2 Millionen sozialdemokratische Stimmen sind ein Millionen schrei: Fort mit den Lebensmittelzöllen, fort mit den indirekten Steuern! Diesem Schrei der darbenenden Massen muß unsere Fraktion im Reichstag Gehör verschaffen. Ein schleuniger Antrag auf Aufhebung aller Lebensmittelzölle und Lebensmittelsteuern ist zwingendes Gebot unserer parlamentarischen Pflicht.

Auf dem Gebiet der Sozialpolitik endlich harren unserer große Aufgaben. Die gewaltige Wählermasse und die dreifach so zahlreiche Volksmasse, die hinter uns steht, erwartet jetzt von uns positive Arbeit. Positive Arbeit nicht bloß in dem Sinne, der unsere gesamte Aufklärungsstätigkeit durchdringt, sondern auch in dem engeren Sinne eines energischen Kampfes um sozialpolitische Reformen. Die stärkste Fraktion des Deutschen Reichstags ist geradezu verpflichtet, aus der langen Defensive herauszutreten, in der wir uns gegen die unaufhörlichen Vorstöße der scharfmacherischen Reaktion wehren. Die Zettelungen gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter können am erfolgreichsten durch eine kräftige Offensive der Sozialdemokratie zurückgewiesen werden. Und da bietet sich von selbst diejenige Forderung unseres Programms, die den Grundstein der gesamten modernen Sozialpolitik darstellt: der gesetzliche Achtstundentag.

Seit Jahren hat die sozialdemokratische Fraktion keinen entsprechenden Gesetzesentwurf eingebracht; zuletzt ist die Regierung von uns aufgefordert worden, einen Gesetzesentwurf vorzulegen auf Einführung des zehnstündigen Arbeitstags mit einer stufenweisen Herabsetzung bis zum Achtstundentag. Es ist klar, daß die heutige Machtstellung der Sozialdemokratie ein viel energischeres Vorgehen erheischt: das Einbringen eines eigenen Gesetzesentwurfes auf Einführung des achtstündigen Arbeitstags. Durch einen solchen Entwurf werden wir am meisten den frisch zu uns gestoßenen proletarischen Scharen aus dem Herzen sprechen, die früher dem Zentrum anhängen; durch ihn werden wir am besten unsere Gewerkschaften fördern, die ihren vollen Anteil an unserem Wahlsieg haben und jetzt auch die Früchte dieses Sieges zu ernten berechtigt sind. Es könnte auch keine günstigere wirtschaftliche Situation für eine umfassende Achtstundentagitation von der Parlamentstribüne und im Lande geben, wie gerade die jetzige. Wir leben in einer Periode glänzenden industriellen Aufschwungs. Die starke Anspannung der Produktion in den beiden führenden Industriezweigen: der Kohlen- und Eisenindustrie; die höchsten Ein- und Ausfuhrziffern, die Deutschland im letzten Jahre erreicht hat; die Kapitalsserhöhungen der Banken und der großen Aktiengesellschaften; die hohen Dividendenziffern — alles zeigt, daß das Kapital wieder einmal goldene Ernten einheimst. Diese Gunst der wirtschaftlichen Lage zusammen mit dem gewaltigen Wachstum der Sozialdemokratie muß in eine energische Aktion für den Achtstundentag umgesetzt werden. Sie bedarf den parlamentarischen Vorstoß, unsere Fraktion im Parlament muß die Wortführerin, das Sprachrohr einer großen Massenagitation im ganzen Reiche sein.

Offensive auf der ganzen Linie: im preussischen Wahlrechtskampf, im Kampfe gegen Imperialismus, im Kampfe um billiges Brot und in der positiven Arbeit der Sozialpolitik! Beispiellos wie unser Wahlsieg muß die Entschlossenheit und Schärfe unserer parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktion sein. Nicht in grotesken Bloßspekulationen mit den jämmerlichen liberalen Mandatjägern, sondern in einer selbständigen, kühnen und grundsätzlichen Klassenkampfaktive müssen wir der Internationale vordemonstrieren, wie die Partei des Proletariats parlamentarische Mittel für das revolutionäre Endziel der Sozialdemokratie auszunutzen vermag.

R. Luxemburg.

Die Teuerung.

Für die Lese- und Diskussionsabende.
Von Käthe Dunder.

3. Die Organisation der Produzenten.

Wir haben in der Planlosigkeit der Produktion eine Teuerungsur- sache gefunden, die nicht immer gleichmäßig wirkt. In den Zeiten des guten Geschäftsganges, der erhöhten Nachfrage steigen die Preise der Industrieprodukte und noch rascher — aus den angeführten Gründen — die der Rohstoffe und Lebensmittel. Wenn aber die Nachfrage wieder nachläßt, wenn die Ge- schäfte zu stocken beginnen, dann geraten die Preise wieder ins Sinken, zunächst die der Industrieprodukte, allmählich aber auch die der Rohstoffe und Lebensmittel — wenn sie auch den Stand, den sie vor der Hochkonjunktur hatten, gewöhnlich nicht wieder erreichen.

Wir werden nun im folgenden Abschnitt einen wirtschaft- lichen Faktor kennen lernen, der darauf hinwirkt, die Preise auch in der Zeit des schlechten Geschäftsganges hochzuhalten, mit anderen Worten: die Teuerung zu einem dauernden Zustand zu machen.

Um diese Beeinflussung der Preisbewegung recht zu ver- stehen, müssen wir uns über die Gesetze der Preisbildung überhaupt klar werden.*

Wodurch werden die Preise bestimmt? Wir haben uns bisher mit der Antwort begnügt: durch Angebot und Nachfrage. Je größer das Angebot und je kleiner die Nach- frage, desto niedriger der Preis, und umgekehrt. Aber damit ist nur erklärt, warum zum Beispiel 100 Kilogramm Kohlen oder 100 Kilogramm Stahl oder 100 Kilogramm Gold im Preise schwanken. Wir verstehen damit noch nicht, warum der Preis von 100 Kilogramm Gold sich dauernd in ganz anderer Höhenlage bewegt als der Preis von 100 Kilo- gramm Stahl, und dieser wieder in anderer Höhenlage als der Preis von 100 Kilogramm Kohlen. Und weiter: nehmen wir an, die Marktverhältnisse ständen für eine Ware gerade so, daß Angebot und Nachfrage sich die Waage halten; hat die Ware dann etwa keinen Preis? Kurz, wir sehen, daß das Ver- hältnis von Angebot und Nachfrage immer nur das Schwanken der Preise hervorrufen kann, daß es uns aber keinen Aufschluß gibt über den allen Preisschwankungen zugrunde liegenden Wert der Ware. Daß Preis und Wert zweierlei sind, das lehrt uns jede Ausverkaufsanzeige, die uns Waren zu „weit unter ihren Wert herabgesetzten Preisen“ anbietet.

Was bestimmt nun aber den eigentlichen Wert einer Ware? Nehmen wir einmal an, für 3 Mk. könne man kaufen: 2 Zentner Kohlen oder einen Holzstuhl oder 1 Meter Seidenstoff. Diese drei Waren sind in Zweck und Aussehen, in Stoff und Gewicht außerordentlich verschieden. Auch der Wert, den sie für den einzelnen Käufer haben, ihr Gebrauchswert, ist ungleich: dem Zierenden scheinen 2 Zentner Kohlen wertvoller als 1 Meter Seidenstoff. Auf dem Warenmarkt aber werden diese drei Gegenstände einander gleichgesetzt, sie können gegen einander ausgetauscht werden, das heißt: ihr Tauschwert ist gleich. Da muß doch den drei Waren etwas Gemeinsames imwohnen, das es ermöglicht, sie miteinander zu vergleichen. Dieses Gemeinsame ist, daß sie alle drei Pro- dukte menschlicher Arbeit sind, die, wenn sie auch in ver- schiedenen Formen — als Bergarbeit, Tischlerarbeit, Spinn- und Webarbeit — auftritt, doch in letzter Linie einen Bruch- teil der gesamten gesellschaftlichen Arbeit darstellt. Jede Ware ist gewissermaßen „kristallisierte gesellschaftliche Ar- beit“. Nur als Arbeitsprodukt kann man die Waren mit-

einander vergleichen. Alle Arbeit hat ein gemeinschaftliches Maß, das ist die Zeit, die sie erfordert hat. Der Wert einer Ware wird also bestimmt durch die zu ihrer Herstel- lung notwendige Arbeitszeit.

Wie? Da hätte also das Produkt eines faulen, ungeschickten Arbeiters oder eines, der mit rückständigem Handwerkszeug arbeitet, einen höheren Wert, als das Produkt eines fleißigen, geschickten, mit den besten technischen Hilfsmitteln ausgerüsteten?

Das ist natürlich falsch: nicht die Arbeitszeit, die Hinz oder Kunz zur Herstellung einer Ware braucht, bestimmt ihren Wert, sondern vielmehr die Arbeitszeit, die ein Arbeiter bei durch- schnittlicher Geschicklichkeit und durchschnittlicher Technik auf die Ware verwenden muß, das heißt die durchschnittliche ge- sellschaftlich notwendige Arbeitszeit.

Der Arbeitswert der Ware also ist es, der der Wellen- bewegung der Preise zugrunde liegt; er bildet das Durch- schnittsniveau, zu dem die Preise sich auszugleichen streben. Warum tun sie das? Jeder Produzent hat doch gewiß ein Interesse daran, den Preis seiner Ware weit über den Wert hinauszutreiben und hochzuhalten. Aber der eine Warenpro- duzent steht in freier Konkurrenz mit der großen Schar aller anderen Warenproduzenten. Wenn es einem gelingt, seine Ware weit über dem Werte, also mit beträchtlichem Extra- gewinn zu verkaufen, dann werden sich bald auch zahlreiche andere auf die Produktion dieses einträglichen Artikels werfen. Das Angebot übersteigt allmählich die Nachfrage; ein Kon- kurrent unterbietet den anderen, um die Käufer an sich zu ziehen; der Preis beginnt daher wieder zu sinken. Sänke er unter den Arbeitswert der Ware, so würden die Produzenten mit Verlust arbeiten; viele von ihnen würden die Produktion des betreffenden Artikels wieder aufgeben, das Angebot ginge zurück und damit begänne der Preis wieder zu steigen. Kurz, wir sehen, daß unter der Herrschaft der freien Konkurrenz die Produzenten sich immer in die Produktionsgebiete drängen, die am gewinnbringendsten scheinen, und sich von denen ab- wenden, wo Verluste zu erwarten sind. Dadurch können sich die Preise weder nach oben noch nach unten dauernd weit von dem Arbeitswert entfernen. So führt die freie Kon- kurrenz in letzter Linie das Gesetz durch, nach welchem der Wert eines Produkts durch die zu seiner Her- stellung notwendige Arbeitszeit bestimmt wird.

Das Wertgesetz gibt uns damit aber auch zugleich darüber Aufschluß, warum in der Warenproduktion bei freier Kon- kurrenz die Warenpreise die Tendenz haben, allmäh- lich zu sinken. Ein Produzent kann auf zweierlei Weise einen Extrage winn* erzielen: entweder, indem er bei gleichblei- bendem Warenwert den Warenpreis erhöht, teurer verkauft, oder indem er bei gleichbleibendem Warenpreis den Waren- wert erniedrigt, billiger produziert. Das erste zu tun, daran hindert ihn die Konkurrenz. Doch steht ihm offen, das zweite zu versuchen. Wenn eine Ware um so weniger Wert darstellt, je weniger gesellschaftliche Arbeit sie verschluckt hat, so wird es darauf ankommen, durch Übergang zu einer höheren Technik, durch Anwendung von Maschinen statt langwieriger Handarbeit, durch Einstellung immer vollkommenerer Ma- schinen den Arbeitsprozeß zu verkürzen, mit anderen Worten, die Produktivität der Arbeit zu erhöhen. Der Durch- schnittswert der Ware, um den die Marktpreise schwanken, entspricht der durchschnittlichen Höhe der Technik. Gelingt es aber einem Produzenten, durch vervollkommnete Technik einen Vorsprung vor seinen Konkurrenten zu gewinnen, so fließt ihm aus dem Unterschied zwischen Marktpreis und dem durch die erhöhte Produktivität seines Betriebs erniedrigten Warenwert ein Extrage winn zu. Dieser Extrage winn ermöglicht es ihm,

* Da ich für die Diskussionsrunde, denen die vorliegenden Vor- sprechungen dienen sollen, keine Voraussetzungen machen möchte, halte ich es für notwendig, an dieser Stelle eine kurze Behandlung des Marxschen Wertgesetzes einzuschalten. Die Leiterinnen der Kurse seien zu ihrer eigenen Vorbereitung noch hingewiesen auf die kurze und populäre Einführung in die Werttheorie in der Rede von Karl Marx über „Lohn, Preis und Profit“, S. 21 bis 27 (Frankfurt a. M., Ver- lag: Buchhandlung Volksstimme, 20 Pf.), sowie auf Marx' Broschüre „Lohnarbeit und Kapital“ (Vorwärts-Verlag, 25 Pf.).

* Wir sehen hier der Kürze und Einfachheit halber ab von dem normalen Gewinn, der dem kapitalistischen Produzenten aus der Ausbeutung des Lohnarbeiters fließt, dem Mehrwert. Diesen, den eigentlichen Profit, erzielt der Kapitalist natürlich auch dann, wenn er seine Ware nur zu ihrem Wert hat verkaufen können; denn er beruht ja darauf, daß der Kapitalist einen Teil des in der Ware aufgehäuften Arbeitswerts dem Lohnarbeiter unentgeltlich abge- preßt hat.

seine Ware etwas unter dem Marktwert anzubieten, dadurch die Käufer an sich zu locken und seinen Absatz zu steigern. Nun werden die Konkurrenten aufmerksam. Sie suchen eiligst auch aus der neuen Maschine oder dem neuen Herstellungsverfahren ihren Nutzen zu ziehen, bis endlich die Produktion der bestimmten Ware — seien dies nun Schuhe oder Webwaren, Zucker oder Papier — mehr oder weniger in der ganzen Branche unter den neuen technischen Bedingungen vor sich geht: das neue Verfahren, die neue Maschine „hat sich eingeführt“. Dann müssen aber allmählich auch die Preise auf das niedrigere Wertniveau hinabklettern. Der Ertragerinn des Vorläufers ist verschwunden; der Durchschnittswert und damit das Preisniveau ist gesunken; das Publikum aber hat die Waren billiger. Und dieser Vorgang wiederholt sich fortwährend. So haben mit steigender Produktivität die Waren die Tendenz, billiger zu werden, denn in jeder Ware steckt allmählich immer weniger gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit.

Aber dieses ganze Spiel setzt unbedingt voraus: die freie Konkurrenz. Sie treibt den einzelnen an, seine Technik zu verbessern, um einen Ertragerinn einzuheimsen. Sie hebt die anderen hinter ihn drein, ihm diesen Ertragerinn wieder abzugagen und so die verbesserte Technik zu verallgemeinern. Wer bei diesem Rennen nicht mit kam, der unterliegt.

So wurde das Handwerk von der Fabrik zu Boden geschlagen. Denken wir zum Beispiel an die Entwicklung der mechanischen Spinnerei und Weberei. Aus Hauptmanns „Webern“ schallt uns der Verzweiflungsschrei der zum Hungern verurteilten Hausweber entgegen: „Das ganze Elend kommt von den Fabriken!“ Heutzutage handelt es sich nicht mehr um den Konkurrenzkampf zwischen Fabrik und Handwerk, zwischen Großbetrieb und Kleinbetrieb — dieser Kampf ist so gut wie ausgekämpft —, sondern der Konkurrenzkampf ist mehr und mehr zu einem Kampf der großen Unternehmer unter sich geworden. Das macht ihn natürlich noch heftiger und für den Unterliegenden verhängnisvoller. Denn in solchem Riesenunternehmen steckt eine Unmenge Kapital, das in seinen Kraft- und Werkzeugmaschinen, in all den gewaltigen Betriebseinrichtungen verkörpert ist und das durch seinen Sturz mit einem Schlag entwertet wird. Da bedeutet eine Niederlage natürlich mehr, als wenn ein Kleinmeister seine Werkstätte schließen muß.

Besonders leidenschaftliche Formen nimmt der Konkurrenzkampf an, wenn die Krise hereinbricht. Jeder Unternehmer setzt dann den Preis herab, um den Konkurrenten die Kundschaft abzugagen. Da das alle tun, so erreichen sie nur, daß sich die Gewinne für alle senken, ohne daß sich dadurch die Absatzmöglichkeiten für den einzelnen bessern. Die niedrigen Preise, zu denen sich dann noch Betriebseinschränkungen gesellen, können die weniger kapitalkräftigen Unternehmer nicht längere Zeit aushalten; sie müssen ihren Bankrott erklären. Die kapitalkräftigeren überdauern zwar die Krise, aber nicht ohne empfindliche Verluste erlitten zu haben.

Solche Erfahrungen legen den Unternehmern den Wunsch nahe, die Konkurrenz unter sich zu beseitigen, sich lieber zusammenzuschließen und die Preise gemeinsam festzusetzen. „Sie kämpften früher miteinander um den Kunden, und vereinigen sich nun zum Kampfe gegen den Kunden. Sie kämpften früher miteinander um den Absatz und kämpfen heute mit den Abnehmern um den Preis.“*

Am leichtesten können Unternehmervereinigungen in Industriezweigen zustandekommen, wo die Zahl der Konkurrenten nicht sehr groß und die Gründung neuer Unternehmungen mit Schwierigkeiten verknüpft ist; dort sind nicht allzuviel Köpfe unter einen Hut zu bringen, und die Gefahr, daß neu auftauchende Mitbewerber der Vereinigung in den Rücken fallen, ist gering. Das gilt vor allem für solche Unternehmungen, in denen Naturschätze gewonnen werden, die nur an bestimmten Stellen vorkommen. Die Besitzer von Kohlegruben, Sandsteinbrüchen, Porzellanerde usw. verfügen von vornherein über ein gewisses Monopol; ähnlich steht die Sache mit Betrieben, die

besonders große Kapitalanlagen voraussetzen, Hochofen, Walzwerke usw. Ferner eignen sich auch solche Industriezweige für den Zusammenschluß, die sich mit der Herstellung von Massengütern und Halbfabrikaten beschäftigen; dort werden in der Regel nur wenige Sorten gleichartiger und von Mode und Geschmack unabhängiger Waren erzeugt, für die es daher leicht ist, einheitliche Preise festzusetzen. Das ist der Fall bei der Fabrikation von Zucker, Papier, Garn usw.

Die erste Stufe der Produzentenorganisation ist die Preisvereinbarung. Die Unternehmer, zuweilen auch die Händler, setzen gemeinsam den Preis fest, zu dem sie ihre Waren verkaufen wollen, und suchen sich so vor der Gefahr zu schützen, daß einer den anderen unterbietet. Preisvereinbarungen der Produzenten bezeichnet man gemeinhin als Kartelle, solche der Händler als Ringe. Preis Kartelle und Ringe können wohl zeitweilig die von ihnen erfassten Waren recht fühlbar verteuern, aber meist nicht auf die Dauer. Es gelingt ihnen in der Regel nur dann, die Preise zu erhöhen, wenn die Marktlage ihnen günstig ist. Daß uns zum Beispiel die Vereinigungen der Milchproduzenten und Milchhändler in den letzten Jahren den Milchpreis so sehr hinaufstreben konnten, beruht hauptsächlich auf der im ersten Abschnitt besprochenen Tatsache, daß die Entwicklung der Milchwirtschaft hinter dem wachsenden Milchbedarf zurückgeblieben ist. Auch die Preisvereinbarungen der Industriellen können gewöhnlich nur während des guten Geschäftsganges den Markt beherrschen; in den Zeiten der Krise brechen sie wieder zusammen, da dann jeder Unternehmer durch Unterbietung des anderen für sich zu retten sucht, was noch zu retten ist.

Die Preise sind eben nichts Willkürliches, sie hängen, wie wir wissen, zum Teil ab von dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage. Soll also ein Kartell Bestand haben, so muß es dazu übergehen, den Umfang der Produktion festzusetzen, um durch Verminderung des Angebots die Preise hochzuhalten. Es wird berechnet, wieviel Spiritus, wieviel Kohle im nächsten Jahre im ganzen auf den Markt gebracht werden soll, und auf Grund dieser Berechnung wird dann für jedes Kartellmitglied das Quantum bestimmt, das es produzieren darf. Ob aber wirklich jeder Unternehmer nur so viel Ware auf den Markt bringt, als ihm zugeteilt ist, läßt sich schwer kontrollieren, solange noch jeder mit seinen Kunden direkt verkehren kann. Darum sind manche Kartelle dazu übergegangen, sich ein Verkaufsbureau zu schaffen, das den ganzen Warenabsatz zu besorgen hat. Damit ist dann aus dem sogenannten Kontingentkartelle* in Verkaufssyndikat geworden. Die Kundschaft kann sich nun nicht mehr an den Produzenten direkt wenden, sondern nur noch an das Syndikat, und dieses verteilt dann die Bestellungen an seine Mitglieder. Damit haben die einzelnen Unternehmungen einen großen Teil ihrer Selbständigkeit eingebüßt.

Aber die Vereinigung der kartellierten Werke kann noch weiter gehen. Das Kartellbureau besorgt dann nicht nur den Verkauf der Ware, sondern auch den Einkauf von Rohstoffen und Maschinen. Es schreibt den Einzelunternehmungen neben der Quantität auch die Qualität ihrer Produkte vor und führt so eine Arbeitsteilung zwischen den ihm angegliederten Werken durch. Es kann sogar dazu gelangen, weniger einträgliche Betriebe stillzulegen, die rentablen dagegen auszubauen — kurz: die Selbständigkeit der Einzelunternehmungen so vollständig auszuschließen, daß die Besitzer nur mehr als Teilhaber eines einzigen Geschäfts erscheinen. Aus den kartellierten Unternehmungen ist ein einziges Riesenunternehmen geworden, der Trust.

So hat die freie Konkurrenz, indem sie die schwächeren Produzenten ausmerzte und die Produktion in immer wenigeren und kapitalkräftigeren Händen konzentrierte, den Boden bereitet für ihr Gegenteil, für das Monopol. Damit ist aber die Möglichkeit gegeben, die Warenpreise dauernd über dem Warenwert zu halten, damit ist die absteigende Tendenz der Preise

* Darneberg, Das sozialdemokratische Programm. S. 55.

* Von Kontingent = Anteil, Beteiligungsziffer.

in eine aufsteigende verwandelt. Die Entwicklung der Produzentenorganisation, der Kartelle, Syndikate und Trusts, ist somit eine der wichtigsten Ursachen der Teuerung.

Ein aufgeklärter Despot?

„Es ist alter Volksglaube, daß nach hundert Jahren die Leute wieder geboren werden. Die Zeit ist erfüllt. Möge sein wiedergeborener Geist über uns kommen und alle Widersacher, die den Eintritt ins Land der Verheißung uns wehren, mit flammendem Schwerte vertilgen! Wir aber schwören, in diesem seinem Geiste zu leben und zu sterben!“ So schrieb im Jahre 1840, als sich die Thronbesteigung des Königs Friedrich von Preußen zum hundertsten Male jährte, der radikale Junghegelianer Friedrich Köppen, in einer Schrift, die er seinem Freunde Karl Marx aus Trier widmete.

Nahezu fünfzig Jahre danach, im Jahre 1886, als der Todestag des Königs Friedrich sich zum hundertsten Male jährte, meinte der alte Kaiser Wilhelm, der ehemalige „Kartätschenprinz“: „Alles, was wir Großes und Gutes heute in unserem Lande bewundern, ist auf den Fundamenten gegründet, die er gelegt hat.“ Was dieser allezeit beschränkte Drillfeldweibel als „Großes und Gutes“ im neudeutschen Reiche bewunderte, braucht nicht ausführlich dargelegt zu werden: es genügt, zu erinnern an die borussische Junkerherrlichkeit, den ausaugenden Militarismus, den Brot- und Fleischwucher, das Sozialistengesetz, die russische Vasallenschaft. Wer hat nun recht: der fecke Junghegelianer mit seinen kaum dreißig oder der stumpfsinnige Hohenzoller mit seinen bald neunzig Jahren?

Es lohnt sich, einen Augenblick bei dieser Frage zu verweilen, da gegenwärtig die patriotische Trommel gerührt ward für den Geburtstag des Königs Friedrich, der sich am 24. Januar dieses Jahres zum zweihundertsten Male jährte und einige Tage später, am Geburtstag des gegenwärtigen Kaisers, mit dem üblichen Lärm gefeiert wurde. Unter anderem hat der Kaiser von Herrn Köfer, dem Generaldirektor der preußischen Staatsarchive, eine Schrift über seinen Vorgänger anfertigen lassen, die in hunderttausend Exemplaren an die preußischen Schüler als kaiserliches Geschenk verteilt worden ist. Herr Köfer hat nun zwar eine recht leidliche Biographie Friedrichs geschrieben, aber zu seiner Schulschrift wird wohl Mephistos Wort als Motto taugen: Das Beste, was du wissen kannst, darfst du den Buben doch nicht sagen. Und was sonst in der bürgerlichen Presse aus diesem Anlaß bisher an Gedenkartikeln geliefert worden ist, trägt durchaus den Stempel untertäniger Loyalität.

Um es mit einem Worte vortwegzunehmen, so hat der alte Wilhelm und nicht der junge Köppen recht und dreimal recht gehabt. Man mag höchstens darüber streiten, ob der König Friedrich die Fundamente des preußischen Staates gelegt und nicht vielmehr nur befestigt hat, denn diese Fundamente bestanden schon vor ihm durch die besondere historische Entwicklung, die die brandenburgisch-preußische Militärfolonie seit den Tagen des Mittelalters genommen hatte. Aber diese Fundamente im modernen Sinne umzuwälzen oder auch nur ein wenig auszuflicken, hat König Friedrich während seiner langen Regierung allemal verschmäht; er hat sie durchaus nur erweitert und verstärkt, von der borussischen Junkerherrlichkeit bis zur russischen Vasallenschaft. In allen Zweigen seiner Herrschertätigkeit hat er — mit einer einzigen Ausnahme der Rechtspflege, wo er einige Anläufe zu Reformen machte, um schließlich doch wieder in der launenhaftesten Kabinettsjustiz zu verjumpten — durchaus auf der historisch rückständigen Seite gestanden, und wer seine Geschichte irgendwie kennt, wird es nur als beißenden Hohn empfinden, wenn er als Muster eines aufgeklärten Despoten gefeiert wird.

Nichts hat ihm mehr am Herzen gelegen, als den feudalmittelalterlichen Kastenstaat mit den drei erblich geschiedenen

Ständen der Junker, der Bauern und der Bürger aufrechtzuerhalten. Wenn es anders die Sache des aufgeklärten Despotismus war, die bürgerliche Entwicklung zu fördern, um eine Stütze gegen den Adel zu gewinnen, so hat Friedrich die Städte abgewürgt, um den Adel zu hätscheln und ihn mit noch immer mehr Vorrechten zu überhäufen, als er in diesem gesegneten Lande schon von jeher besaß. Es ist recht eigentlich Friedrichs Vermächtnis, die ganze militärische und zivile Maschinerie des Staates in die Hände des Junkertums so gründlich gespielt zu haben, daß sie ihnen bis heute noch nicht hat entrissen werden können. So wenig wie den Städten half er den Bauern gegen die Junker; höchstens dem junkerlichen „Bauernlegen“ suchte er gewisse Schranken zu setzen, um Refruten für sein Heer und Steuerzahler für seinen Sädel zu behalten. Einzig unter diesem Gesichtspunkt hat er das gutsherrlich-bäuerliche Verhältnis wie es aus dem Mittelalter überkommen war, zu „reformieren“ gesucht; über die ärgste Auspressung und Mißhandlung der Bauern war er mit den Junkern ganz einig, nur daß er seinen Anteil an dem Blute und Schweiß haben wollte, der den ausgepowerten Massen — und die bäuerliche Klasse bildete damals die Masse der Bevölkerung — ausgepreßt wurde.

Seine Finanzverwaltung, wie er sie namentlich nach dem Siebenjährigen Kriege einrichtete, war eine Ausbeutungsmaschine der raffiniertesten Art, jedoch in ihrer Methode schon für seine Zeit völlig überlebt. Die Blutsteuern, die er in erster Reihe wieder von den Bauern erhob, steigerte er auf ein unerträgliches und bis dahin unerhörtes Maß. „Kulturaufgaben“ waren für seinen großen Geist überhaupt keine Begriffe. Die Schulen ließ er gänzlich verfallen. Die Geistesknechtschaft feierte nirgends solche Orgien wie unter dem Zepter dieses weisen Herrschers. Seine Zensur war ein würdiger Vorläufer des Sozialistengesetzes.

Auf dem Gebiet der auswärtigen Politik stand es nicht besser um ihn. Nichts törichter, als ihm irgend so etwas wie „nationale Gesinnung“ nachzurühmen. Wer ihn daraufhin angesprochen hätte, hätte nicht einmal die Gefahr gelaufen, von ihm auf die Festung geschickt, sondern höchstens die Gefahr, von ihm ins Irrenhaus gesteckt zu werden. Friedrich war mit tausend Freuden bereit, seine rheinischen Besitzungen den Franzosen und seine Provinz Ostpreußen den Russen zu opfern, wenn er dafür das Kurfürstentum Sachsen hätte in seine Tasche stecken können. Es ist auch völlig verkehrt, seine Erhebung gegen Osterreich als eine nationale Tat zu bewundern. Ihm war es nur um ein Stück Land zu tun, das er, gestützt nicht auf die Kraft und den Willen der Nation, sondern auf auswärtige Mächte, die Deutschland in gänzlicher Ohnmacht zu erhalten trachteten, dem Hause Habsburg rauben konnte. Auch die preußischen Historiker, soweit sie noch einen Funken von Ehrlichkeit und Gewissenhaftigkeit besitzen, bestreiten heute nicht mehr, daß Friedrich ohne die französische Hilfe niemals an die Eroberung Schlesiens hätte denken können.

Friedrich wußte sehr gut, daß ihm die französische Hilfe nicht um seiner schönen Augen willen gewährt wurde, daß Frankreich, indem es ihn unterstützte, nur an der Entzweiung und Zerfleischung Deutschlands arbeitete. Das hinderte ihn aber nicht im geringsten, sich in die Vasallenschaft Frankreichs zu begeben. Dabei hatte er freilich mehr als ein Vorbild unter seinen erlauchten Vorfahren; am Berliner Hofe hatten die französischen Dufaten allemal einen guten Klang, auch wenn sie nur um den Verrat an Deutschland zu haben waren. Aber immerhin — so weit wie Friedrich hatte doch noch kein Hohenzoller den Mangel an nationaler Ehre und Scham getrieben.

Er durfte den Lohn des Verrats einstreichen, allein der Fluch des Verräters ist ihm doch an den Fersen hängen geblieben. Sein Versuch, die französische Lehnherrschaft abzuschütteln, deren Anforderungen ihm allzu beschwerlich geworden waren, führte ihn in die englische Vasallenschaft, die ihn im Siebenjährigen Kriege benutzte, um Amerika in

Deutschland zu erobern, ihn aber, als sie ihn nicht mehr brauchte, wie eine ausgepreßte Zitrone beiseite warf, so daß er sich endlich in den russischen Knechtsdienst begeben mußte, um sich zu retten. Auch die Schmach der russischen Fremdherrschaft in Deutschland ist ein Erbe des Königs Friedrich. Er endete seine Laufbahn, indem er, innerlich knirschend, aber äußerlich kuschend, vor der Zarin Katharina demütig im Staube lag und ihr das polnische wie das türkische Wild ins Garn treiben half. In ihren Türkenkriegen unterstützte er sie mit Hilfgeldern; bei der ersten Teilung Polens mußte er den größten Teil der Schande auf sich nehmen und sich mit dem kleinsten Knochen begnügen.

Das entscheidende und unwiderrufliche Urteil über den König Friedrich und sein Werk hat die Schlacht bei Jena gesprochen. Um den Helden zu retten, hat man zwar gesagt, nicht er sei bei Jena geschlagen worden, sondern seine unfähigen Nachfolger. Allein so unfähig diese Nachfolger unzweifelhaft waren, so ist es doch eine ganz unsinnige Vorstellung, daß sie in zwanzig Jahren ruiniert haben sollen, was Friedrich in mehr als vierzig Jahren angeblich aufgebaut haben soll. Sie haben sein Werk im wesentlichen so erhalten, wie er es geschaffen hatte, es eher noch in manchem Betracht verbessert als verschlechtert. Freilich mag dieser vorsintflutliche Kastenstaat im Jahre 1806 verrotteter erschienen sein als im Jahre 1786, aber eben nur im Lichte einer vorgeschrittenen Zeit; im Wesen der Sache war er ganz derselbe, und die damaligen Reformer, die Stein und Arndt, waren von einem ganz richtigen Instinkt geleitet, wenn sie den undeutschen König verwünschten, dessen Größe Deutschland zum Verderben und dessen Gedächtnis Deutschland zum Fluche geworden sei.

Wie nun aber erklären, daß der Name dieses Königs bei alledem immer einen gewissen populären Klang behalten hat, daß Friedrich einen Mann wie Carlyle zum Biographen, einen Künstler wie Menzel zum Maler seines Lebens und seiner Taten gewinnen konnte, daß die radikalen Junghegelianer für ihn schwärmten, daß selbst Rastalle noch im Jahre 1858 ihn neben Lessing als ebenbürtigen Befreier stellte? Will man die Antwort auf diese Frage in banal-populärer Form geben, so müßte man sagen, daß der Eingänge unter den Blinden König ist. Unter dem verkommenen Fürstengesindel seiner Zeit war Friedrich in seiner Art ein ganzer Kerl, und ebenso ragte er über seine Vorgänger und Nachfolger in der Geschichte der Hohenzollern empor. Er trieb sein schlechtes Handwerk wenigstens mit einem Eifer und Ernst, der den zeitgenössischen Sultanen vollkommen fremd geworden war; das Glück machte ihn nicht übermütig, und das Unglück trug er mit einer Standhaftigkeit, die gewiß respektabel war: mit dem Gift in der Tasche, entschlossen, sich lieber selbst aus der Welt zu expedieren, als dem etwas zu vergeben, was er für seine königliche Würde hielt. Die blödsinnige Verschwendung der damaligen fürstlichen Höfe hielt er sich vom Leibe, und namentlich auch den leeren Tand des Größenwahnsinns, der die alberne Neugier des gedankenlosen Philisters für bare Münze nimmt, für eine aufrichtige Schuldigung an die Monarchie oder gar für eine bewundernde Anhänglichkeit an die Person des Monarchen. Friedrich schätzte die patriotischen Spektakelmacher ganz richtig als „Canaille“ ein. Und als bei seinem letzten Besuch in Breslau der Philosoph Garbe dem widersprach mit der Bemerkung: „Als Ew. Majestät gestern in die Stadt kamen und alles Volk zusammenlief, um seinen großen König zu sehen, das war nicht Canaille,“ da antwortete der König, viel philosophischer als der patentierte Philosoph: „Sehe Er einen alten Affen aufs Pferd und lasse Er ihn durch die Straßen reiten, so wird das Volk ebenso zusammenlaufen.“ Wie weit war Friedrich damit seiner Zeit voraus und nun gar der unserigen!

So wenig er im historischen Sinne ein aufgeklärter Despot gewesen ist, so sehr war er es im persönlichen Sinne. Ein Typus der drückendsten Geistesknechtschaft, verschmähte

er doch der „Heuchelei dürftige Maske“ insofern, als er sie nie mit frommen Redensarten auszuschnücken versuchte. Ihn als Geburtshelfer unserer klassischen Literatur und Philosophie zu feiern, gehört zu den abgeschmacktesten Legenden, von denen sich die bürgerliche Literaturgeschichte nährt, aber ein Aufklärer im Sinne des von ihm bewunderten Voltaire, ein Anhänger der Aufklärung, von der Schneider und Schuster nichts wissen dürfen, ist Friedrich allerdings gewesen, und daraus hat er in seinen Briefen und Schriften nie das geringste Fehl gemacht. Er gebrauchte die Religion als despotisches Machtmittel; er hat die Jesuiten geduldet, als der Papst Ganganelli den Jesuitenorden aufhob, und ebenso die lutherische Orthodoxie vor allen aufklärerischen Attentaten geschützt, so daß selbst sein lammfrommer Bewunderer Gleim sich zu dem Spott ausschwang: Er ließ uns alle Freiheit, selbst die Freiheit, dumm zu sein. Allein für seine Person war ihm alle Religion höchst widerwärtig, und er mißbrauchte sie auch nicht, um seine Politik zu beschönigen; er hat seinen Raub am Hause Habsburg nie als eine „Wendung durch Gottes Fügung“ gefeiert. Aus den Produkten seiner Feder läßt sich ein ganzes Arsenal von böshaften und auch geistreichen Spöttereien über die Religion und religiöse Gegenstände zusammenstellen.

Wie wenig Friedrichs bornierter Despotismus dadurch entschuldigt wurde, hat schon Lessing erkannt in seiner bekannten Äußerung über das „sklavischste Land in Europa“, das der preussische Staat sei und bleibe, trotz aller „Sottisen gegen die Religion“, die in Berlin auf den Markt gebracht würden. Zum Glück für Friedrichs Nachruhm aber legte sich sein Nachfolger, nach alter Überlieferung der Hohenzollern, wieder auf die frömmelnde Seite, trotz des farbanapalischen Lebenswandels, den er führte, und er krönte diese nichtswürdige Heuchelei, indem er behauptete oder durch seine Kreaturen behaupten ließ, daß sein Vorgänger den Hauptgrund zur Freidenkerei gelegt habe. So kam Friedrich in den ganz unverdienten Ruf, ein lichtbringender Genius gewesen zu sein. In den Tagen nach Jena wurde sein historisches Wesen dann von den preussischen Reformern wieder richtig erkannt, allein als sich nach dem Siege über Napoleon die Heilige Allianz konstituierte, die den frechsten Despotismus in frömmelnde Tracht kleidete, wurde Friedrich zum zweiten Male ein Held der Aufklärung, zumal da Preußen in der Heiligen Allianz die erbärmlichste und unwürdigste Rolle spielte, und die preussischen Machthaber der zwanziger und dreißiger Jahre alles taten, was in ihrer Macht stand, um das Andenken des keiserlichen Königs zu verdunkeln.

Bekannt sind Heines zornige Worte aus dem Jahre 1832 „gegen dieses Preußen, diesen langen frömmelnden Kamasschenhelden mit dem weiten Magen und dem großen Maul und mit dem Korporalstock, den er erst in Weihwasser taucht, ehe er damit zuschlägt, dieses christlich-philosophische Soldatentum, dieses Gemengel von Weißbier, Lüge und Sand, dieses steife, heuchlerische, scheinheilige Preußen, diesen Lartüffe unter den Staaten“. So konnte Heine nur im Ausland schreiben, und es ist gewissermaßen die andere Seite der Medaille, wenn sieben Jahre später der radikale Junghegelianer Köppen, unter dem Drucke der Zensur, diesem Preußen aus den Schriften des Königs Friedrich, der seinen Korporalstock wenigstens nie in Weihwasser getaucht hatte, einen Spiegel entgegenhielt, worin es seine ganze Schlechtigkeit erkennen und daran verreden sollte, was es denn freilich nicht getan hat.

Heute wissen wir allzu gut, daß der leibhaftige Kampf mit leibhaftigen Gegnern nicht dadurch gefördert werden kann, daß wir Gespenster aus den Gräbern beschwören, zumal Gespenster vom Schlage des Philosophen von Sanssouci, der dem Junkertum nicht minder hold und gewärtig gewesen ist, als heute der Philosoph von Hohenfinow. Auf dem Despotismus des alten Fritz lastet noch immer der Fluch der Nation, und zwar um so wuchtiger, je verhängnisvoller seine Nachwirkungen sind. Den zweihundertsten Geburts-

tag des Königs als nationalen Festtag zu feiern, wäre ein Spott auf alle nationale Gesinnung.

Eher könnte er sich als dynastischer Festtag sehen lassen. Denn in der langen Reihe der Hohenzollern, die vor und nach ihm gelebt haben und gestorben sind, zeichnete sich der König Friedrich durch einige menschliche Eigenschaften aus, zumal durch die Verachtung jener „Canaille“, die in diesen Tagen am lautesten lärmt. F. Mehring, „Die Neue Zeit“.

Die Beteiligung der Frauen an unserem Wahlkampf und Sieg.

Der Wahlkampf ist beendet. Mit reichlich 4 1/4 Millionen Stimmen und 110 Mandaten geht die Sozialdemokratie als die weitaus stärkste Partei, als stolze Siegerin aus dem großen politischen Ringen der Klassen hervor. Die gewaltig gestiegene rote Flut hat den Damm durchbrochen, den die ungerechte Wahlkreiseinteilung gegen die parlamentarische Machtentfaltung, den legislativen Einfluß der Sozialdemokratie errichtet; sie hat den Schlamm der Verleumdungen hinweggeschwemmt, den der „Reichswahrheitsverband“ gegen uns aufhäufte; sie hat spielend das Geröll fortgespült, das die öde Sozialistenheße der bürgerlichen Parteien uns bei unserem Vormarsch überall in den Weg getürmt hatte. Der Wahltag hat nicht nur gehalten, was wir von ihm erwarteten, er hat unsere kühnsten Hoffnungen weit übertroffen. Er ist in weit höherem Maße, als wir zu hoffen wagten, ein glänzendes Bekenntnis der proletarischen Männer und Frauen zum Sozialismus geworden.

Es ist aber auch überall mit einer selbstlosen Hingabe, mit einer glühenden Begeisterung, mit einer zähen Energie und harten Ausdauer gerungen worden, die musterbildend ist. Männer und Frauen haben im edlen Wettkampf sich bemüht, ihr Bestes zu leisten. Bei keiner Wahl zuvor haben sich die Frauen so zahlreich und in so vorzüglicher Weise am Wahlkampf beteiligt wie diesmal. Sie können deshalb mit frohem Stolz und in vollster Berechtigung sagen, daß sie Wesentliches zu dem glänzenden Wahlsieg beigetragen haben, daß in diesem Siege auch ihre Arbeit, ihr Mühen mit verkörpert ist.

Das gilt von den zahlreichen Genossinnen, die rednerisch tätig waren, das gilt nicht weniger von den Tausenden und Zehntausenden Frauen, die freudig all die Unannehmlichkeiten und Mühen der technischen Wahlarbeiten auf sich genommen haben. Alle unsere rednerisch befähigten Genossinnen sind diesmal außerordentlich stark angespannt worden. Die Wünsche nach Entsendung von weiblichen Rednern, die an das Frauenbureau gelangten, waren sehr zahlreich, und das Frauenbureau war außerdem eifrig bemüht, Agitationstouren anzugehen, bei denen Genossinnen referierten und die nicht der speziellen Frauen-, sondern der Wahlagitatorien dienten. So ist es mir beispielsweise gelungen, in zehn Wahlkreisen beziehungsweise Bezirken, in denen man speziell mich zu Versammlungen wünschte, einen, höchstens zwei Vorträge zu übernehmen und meine Anwesenheit am Orte zu benutzen, um mit dem Wahlkomitee beziehungsweise dem Kreisvorstand zu vereinbaren, daß für die übrigen Orte eine Tour für eine andere Genossin zusammengestellt wurde. Bei der Gelegenheit war es auch möglich, recht wertvolle Aussprachen über die Mitwirkung der Frauen bei allen möglichen Wahlarbeiten und über die Verbreitung der Literatur unter den Frauen herbeizuführen.

Rednerisch tätig waren, um im Norden zu beginnen: die Genossin Andratsche-Kiel in Schleswig-Holstein, Genossin Leu im Eckernförder Kreis, in Mecklenburg, in Westpreußen und Posen; in Stettin Genossin Siedel. Genossin Schlomer sprach in Lübeck und gehörte außerdem dort dem Wahlkomitee an, so daß sie nicht nach auswärts gehen konnte. Genossin Greifenberg war im südnord-schleswig-holsteinischen Kreis, im Fürstentum Lübeck und in Oldenburg tätig. Genossin Baumann hat — wie schon berichtet wurde — gleichfalls im

Fürstentum Lübeck, im Kreis Minden-Lübbecke, in einer großen Reihe von Orten verschiedener sächsischer Kreise und im westlichen Westfalen in zahlreichen Versammlungen gesprochen.

Im Kreise Dittensen sprach Genossin Röhl in einigen Versammlungen; ich hatte in der Stadt Dittensen eine prächtige Versammlung; das weibliche Vorstandsmitglied des Kreises, Genossin Lange, hat zahlreiche Versammlungen abgehalten. Genossin Röhl unternahm außerdem eine längere Tour im Kreise Meiningen. Genossin Reichert hat wochenlang in Mecklenburg Stadt und Land Versammlungen abgehalten, desgleichen sprach sie im sächsischen Kreise Döbeln, in Berlin, Brandenburg und in Merane. In Versammlungen in Berlin und Brandenburg hat Genossin Diez referiert. In Altenburg und Bremen sprach Genossin Reiche, die außerdem wieder im Stader Kreise gearbeitet hat. Die Genossinnen Doffe, Simon, Riendorf und Harber haben im Bezirk Nordwest in einer Reihe von Versammlungen referiert und in anderen in der Diskussion besondere Fragen hervorgehoben. Genossin Selinger war im Bezirk Magdeburg, Frankfurt a. M. und besonders im Bezirk Breslau rednerisch tätig. Im Mansfelder Kreis, in Brandenburg und Berlin hat Genossin Friedländer referiert.

Die Genossin Beyl hat in Bernburg, Magdeburg, Berlin und in Frankfurt a. D. in einer großen Anzahl Versammlungen gesprochen. Genossin Lungwitz war gleichfalls im Bernburger Kreis, in Annaberg, Berlin und Brandenburg tätig; Genossin Wulf wirkte als Rednerin in Brandenburg, Berlin und im Erfurter Bezirk. In diesem letzteren referierten auch die Genossinnen Tiez und Kähler. Genossin Kähler hat außerdem in Berlin und Brandenburg, im Kreise Wangleben, im Bezirk Magdeburg und Bremen, sowie in der Stadt Bremen gesprochen, und ihre dreißigtägige Tour in der Pfalz diente gleichfalls der Wahlagitatorien. In einer stattlichen Anzahl Versammlungen des Bezirkes Hannover und im Wahlkreis Eisen ist Genossin Getwehr als Rednerin tätig gewesen, in Lippe-Schaumburg war es Genossin Brandenburg.

Die Genossinnen Kühle, Sperling und Kaschewski haben den Bezirk Halle rednerisch bearbeitet, und Genossin Kaschewski sprach außerdem im Kreise Meissen, im Bezirk Kassel und in Braunschweig. Die Genossin Fahrenwald referierte im Kreise Torgau und im Bezirk Pommern. Im Bezirk Magdeburg, im Kreise Eisenach, in Mecklenburg, in Chemnitz und in Baden wirkte Genossin Vollmann mit Erfolg. Die Hanauer Genossen hatten Genossin Zuchacz zu einer längeren Tour gerufen und die Bezirke Oberrhein und Posen Genossin Nemitz. Im Königreich Sachsen waren außer den bereits Genannten die Genossinnen Wackwitz, Gradnauer, Wagner, Hennig und Pollender tätig. Genossin Wackwitz hat ferner gemeinsam mit Genossin Blase in Baden gewirkt, und Genossin Gradnauer war noch im Bezirk Frankfurt a. M. tätig. In Bayern hat Genossin Grünberg fleißig gearbeitet; in Zeitz und Gera, desgleichen in Berlin und Brandenburg Genossin Wurm. Wie schon bei der Nachwahl, so hat sich auch jetzt wieder bei der allgemeinen Wahl Genossin Agnes in Düsseldorf mit großem Erfolg betätigt; sie hat ebenfalls in Köln, Wilhelm a. Rh., Solingen und anderen Orten noch referiert.

Die Genossen Groß-Berlins hatten für den 4. Januar Frauenversammlungen veranstaltet mit der Tagesordnung: „Die Frauen und die Reichstagswahlen“. Sie waren alle überfüllt, und es referierten in ihnen vorwiegend Genossinnen. Auch die eigentlichen Wählerversammlungen in Berlin waren stark von Frauen besucht, und in vielen dieser Versammlungen haben Genossinnen sich an der Diskussion beteiligt. Genossin Hanna hatte Referate in Berlin und Brandenburg.

In Berlin, Leipzig, Halle, Dresden, Hof, Stuttgart, Erfurt, Jena, Altenburg und in den Kreisen Reichenbach, Plauen, Schwarzburg-Sondershausen, Eisenach, Hagen und Hanau hatte Genossin Luxemburg Versammlungen übernommen. Genossin Zetkin sprach in Mainz, Worms, Schweinfurt, Berlin, Frankfurt a. M. und in den Kreisen Zwickau-Crimmitschau, Reichenbach, Plauen, Essen, Elberfeld, Lempe-Mettmann, Varmen-Elberfeld und Düsseldorf. In den Kreisen Köln,

Hagen, Dortmund, Unna, Bochum, Iserlohn, Ottensen, IJehoe, Cottbus, Kalau-Lucka, Halle, Erfurt, Meiningen, Döbeln, Stuttgart, Dessau, Vernburg und Berlin hatte ich Versammlungen abzuhalten. In den angeführten Kreisen beziehungsweise Bezirken ist von den genannten Genossinnen in der Regel nicht nur eine Versammlung, sondern deren meistens eine ganze Anzahl abgehalten worden, so daß viele hundert Versammlungen zusammenkommen, in denen Frauen referierten.

Von fast überall her ward uns nicht nur ein starker Besuch, ja oft Überfüllung der Versammlungen gemeldet, sondern auch, daß die Frauen ein hohes Kontingent der Besucher stellten.

Von fast allen Gegenden des Reiches wird ferner lobend über die fleißige Mitarbeit der Frauen bei allen wahltechnischen Arbeiten berichtet. „Wer kennt die Frauen, nennt die Namen, die alle hier zusammenkamen!“, die einen, um Flugblätter und Stimmzettel zu verteilen, die anderen, um Listen zu führen oder um Schlepperdienst zu leisten. Alle mit vor Eifer und Begeisterung glänzenden Augen, von brennender Ungeduld erfüllt, mit fiebernder Sehnsucht den Tag der Entscheidung herbeisehnend. In dem großen Ringen wollte keine fehlen, sie alle wollten Anteil haben am Kampfe und berechtigten, wohlverdienten Anteil an der großen überquellenden Siegesfreude.

Diese weitgehende Beteiligung der Frauen am Wahlkampf hat sicher nicht wenig zu seiner Belebung beigetragen, hat ihm wichtige neue Impulse gegeben und gleichzeitig in hohem Maße zur politischen Schulung der Genossinnen beigetragen. Die Partei, die sich an die breitesten Massen des Volkes wandte, an Frauen und Männer, und nicht nur an die Wähler, schaffte sich damit einen um so größeren Resonanzboden für ihre Anschauungen, ihre Forderungen und ihre Ideale, sie gewann damit Anhänger und Mitarbeiter. Bei der Mitarbeit für die Partei aber, eine Mitarbeit, die bereits einen bestimmten Grad von Klassenbewußtsein und Erkenntnis voraussetzt, gewinnt die Partei und gewinnen die Kämpfer, deren Persönlichkeit sich arbeitend und kämpfend entwickelt.

Die sehr vielen mitarbeitenden Genossinnen haben durch ihre Tätigkeit in eminenter Weise der Partei gedient, sie haben in vollem Maße ihren politischen Befähigungsnachweis erbracht und gleichzeitig an politischer Reife gewonnen. Wir wollen hier nicht von einem Dank an die Genossinnen reden, die so wacker geschafft, die so mutig unser leuchtendes rotes Banner vorangetragen haben, denn jede von ihnen hat gearbeitet in dem Bewußtsein: ich erfülle damit lediglich meine Pflicht als überzeugte Befürworterin des Sozialismus, als Angehörige der Arbeiterklasse. Für jede wird das Bewußtsein treuer Pflichterfüllung und der herrliche Sieg Lohn sein, der reichlich lohnet. Jedoch das eine möchten wir hier aussprechen: die Partei wird wie bisher den Frauen Treue um Treue halten; sie wird als eine ihrer wichtigsten Pflichten die betrachten, beim Kampfe um die Demokratisierung unseres Staatslebens auch mit voller Wucht für die politische Gleichberechtigung der Frau sich einzusetzen. Der Kampf der Frauen für einen glänzenden Wahlsieg der Sozialdemokratie war somit gleichzeitig der wirksamste Kampf um volles Bürgerrecht des weiblichen Geschlechts.

Luise Zieg.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Während der letzten Wahlkampagne haben in zahlreichen Orten der Provinz Brandenburg Versammlungen stattgefunden, die in der Hauptsache darauf abzielten, das weibliche Proletariat für unsere Ideen und für den Wahlkampf zu interessieren. Wie überall gingen auch hier die Genossen von der Auffassung aus, daß für die Partei und ihr Fortschreiten sehr viel gewonnen ist, wenn die Frauen erst begreifen, wofür wir kämpfen. Versammlungen, in denen die Unterzeichnete sprach, fanden im Wahlkreis Kalau-Lucka in den Orten statt: Dypelhain, Bschornegosta, Klingmühl, Sallgast, Richterfelde und Bschiplau. Nur zwei von ihnen konnten in einem Saale abgehalten werden,

die übrigen tagten unter freiem Himmel. Unsere Gegner im Bunde mit den Behörden verstanden es nicht nur meisterlich, uns die Säle abzutreiben, sondern sie setzten auch alles daran — und nicht selten mit Erfolg —, uns die Erlaubnis zur Benützung des Stück Landes zu entziehen, das wir mit Mühe und Not zur Abhaltung einer Versammlung zugesagt bekommen hatten. In Sallgast war unseren Genossen ein Hofplatz zugesichert worden. Trotzdem konnte an dem festgesetzten Sonntag unsere Versammlung nicht stattfinden, weil der Besitzer erklärte, er habe sich nachträglich eines anderen Besonnen und bulbe die Versammlung nicht auf seinem Hofe. Der Mann ist Mitglied des Kriegervereins und war von dessen Vorsitzenden mit dem Ausschluß bedroht worden, falls er sein uns gegebenes Versprechen nicht zurückziehen würde. Das hilft bei Leuten seiner Art oft genug. Geben doch manche ihr Land nicht aus Einsicht und Idealismus zu einer Versammlung her, sondern wegen der paar Mark, die für die Benützung gezahlt werden. Nachdem in unserem Falle der Besitzer seine Zusage feige zurückgezogen hatte, tat der Amtsvorsteher noch ein übriges, indem er die Versammlung verbot — allerdings ohne jeden Grund. So mußten wir an dem festgesetzten Tage unverrichteter Sache wieder abziehen, während auf allen Straßen Leute der Versammlung zustrebten. Doch das, was unsere Gegner bezweckten, haben sie trotzdem nicht erreicht. Wir belamen für den nächsten Sonntag ein anderes Grundstück, auf dem die Versammlung abgehalten werden konnte. Und sie fand statt, obgleich der Regen in Strömen floß. Auch bei den anderen Versammlungen, die unter freiem Himmel tagten, war der Jahreszeit entsprechend das Wetter ziemlich ungünstig. Aber ungeachtet Sturm, Kälte und Regen sind nicht nur die Männer, sondern auch die Frauen dem Rufe zum Versammlungsbesuch gefolgt. Überall waren die letzteren zahlreich erschienen, und überall wurden Mitglieder für die Partei und Abonnenten auf unsere Presse gewonnen. Die Versammlung in Bschiplau, das wie fast alle übrigen genannten Orte im Senftenberger Braunkohlenrevier liegt, war von dem Grubenproletariat sehr gut besucht. Frauen aus der Umgegend legten eine Strecke mit der Bahn zurück und warteten dann durch hohen Schnee, um an der Veranstaltung teilzunehmen. Sie versicherten mir bei der gemeinsamen Rückfahrt, daß sie Weg und Zeitaufwand nicht reue; sie bedauerten nur, daß sie — von einer Genossin abgesehen, die sie zum Kommen betanlagt hatte — nicht schon früher in Versammlungen gegangen wären. Gerade in dem Senftenberger Bezirk haben wir es zum Teil mit einer noch sehr rückständigen Masse zu tun. Grubenarbeiter aus aller Herren Ländern sind hier zusammengepackt. Der Ausspruch eines Arbeiters in Bschiplau charakterisiert so recht die Einsichtslosigkeit, die es zu überwinden gilt: „Wer als Pole seine Stimme einem Sozialdemokraten gibt, der ist nicht wert, ein Pole zu sein.“ Die Scharfmacher ihrerseits bieten alles auf, um die Arbeiter uns fernzuhalten. Daß trotz allem das Dunkel der Unwissenheit nach und nach überwunden werden kann, zeigt der Ausfall der Wahl in diesem Kreise. Die Konservativen hatten bis jetzt das Mandat inne und taten alles, um es zu behaupten. Die Nationalliberalen, die einen Kommerzienrat und mehrfachen Millionär als Kandidaten präsentierten, haben außer uns um das Mandat gekämpft. Obgleich diese Herren ungeheure Summen aufgewendet und auch sonst nichts gespart haben, um den Kreis zu erobern, ist unser Genosse Wels und nicht der Nationalliberale mit dem Konservativen in die Stichwahl gekommen und in dieser gewählt worden.

Versammlungen, die in Vornstädt bei Poissdam und in Chorinchen stattfanden, waren aus verschiedenen Gründen mäßig besucht. In Vornstädt mußte ich mit dem Freisinn gründlich abrechnen. Diese Partei hatte am Tage vorher ein Flugblatt verbreitet, welches über alle ihre Sünden ein Mäntelchen deckte und die Fortschrittler als die besten Volksvertreter hinstellte. Alle Anzeichen ließen hoffen, daß der Kreis Poissdam-Osthavelland, zu dem Vornstädt gehört, von uns der Reaktion entrissen werden würde. Und sie haben nicht getrogen: auch hier wurde die rote Fahne gehißt.

Nicht nur die Partei hat im höchsten Maße Aufklärungsarbeit betrieben, sondern auch die Gewerkschaften haben alles getan, um ihre Mitglieder auf ihre Pflichten bei der Wahl aufmerksam zu machen. Vorträge, die ich kurz vor den Wahlen in Berlin und Vororten bei den Würsten- und Pinselmachern und den Bauarbeitern hielt, besaßen sich in der Hauptsache ebenfalls mit dem Reichstagswahlkampf. Daß die politischen und wirtschaftlichen Organisationen des kämpfenden Proletariats nicht umsonst ihre Kräfte für den Sieg der Sozialdemokratie eingesetzt haben, erweist der glänzende Wahlausfall in Groß-Berlin und anderwärts.

Frida Wulff.

„Der Reichstagswahlkampf und die Frauen“ lautete das Thema, über welches die Unterzeichnete in Versammlungen zu Wiesentha, Berneuche, Schwiebus, Drossen und Zielenzig in der Pra-

binz Brandenburg referierte. Alle Versammlungen waren sehr gut besucht, die Frauen bildeten den größten Teil der Zuhörer. Das Referat wurde mit großem Interesse und mit Begeisterung entgegen genommen. In Werneuche mußte eine Mutter mit ihrem zweijährigen Knaben auf Veranlassung eines Gegners den Saal verlassen. Das Kind hätte ja durch die sozialdemokratischen Ideen vergiftet werden können. Über 850 Personen, in der Mehrzahl Frauen, waren trotz des strömenden Regens in Schwiebus erschienen, um die „umstürzlerischen“ Gedanken zu hören. Der Saal in Zielenzig war schon vor dem Beginn der Versammlung überfüllt, 700 Personen drängten sich darin; die Genossen machten bereitwillig den Frauen Platz, die in großer Zahl gekommen waren. Überall wurden weibliche Mitglieder und Abonnenten für die „Gleichheit“ gewonnen. Dank der „bewährten“ Wirtschaftspolitik der Regierung beginnen die Frauen zu erwachen, ein frischer, befreiender Zug weht durch die Massen. Im Geiste des Sozialismus geht es vorwärts.

Martha Demmning.

Einen Kursus über die Ziele und Forderungen der Sozialdemokratie für die Bremer Genossinnen veranstaltete im November vorigen Jahres der Bildungsausschuß in Bremen. Unter der Leitung von Genossin Simon hielt Genossin Zieg vier Vorträge. Der erste behandelte „Die Entwicklung des Kapitalismus“. Er kennzeichnete die treibenden Kräfte und Entwicklungsgehalte des Kapitalismus und den stets größer werdenden Gegensatz zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutenden, der zu immer erbitterterem Kampfe zwischen beiden führt und mit der Beseitigung der heutigen Eigentumsordnung und der Aufrichtung der sozialistischen Gesellschaft enden muß. Der zweite Vortrag galt der „Zoll- und Steuergesetzgebung“, ihren Wirkungen auf das Proletariat und die gesamte kulturelle Entwicklung, und den Forderungen der Sozialdemokratie zu dieser Frage. Am dritten Abend referierte Genossin Zieg über das Wesen und die Entwicklung von „Militarismus und Marinismus“. Sie schilderte deren Folgen für die innere und äußere Politik des Deutschen Reiches und erläuterte die sozialdemokratischen Forderungen und die Stellung der Frauen zu ihnen. Am letzten Abend stand das „Frauenwahlrecht“ zur Behandlung. Nachdem Genossin Zieg die Tatsachen angegeben hatte, auf die wir diese Forderung stützen, betonte sie, daß wir das Frauenwahlrecht nicht als Endzweck betrachten, sondern als Mittel zu dem Zweck, an der Herbeiführung des Sozialismus so tatkräftig als möglich mitzuarbeiten. Das scheidet uns von den bürgerlichen Frauenstimmrechtlerinnen, die das Frauenstimmrecht als Allheilmittel ansehen und für die Forderung auch andere Gründe als die Sozialdemokratinnen ins Feld führen. Die Frauenrechtlerinnen würden sich in der Mehrzahl auch mit einem beschränkten Frauenwahlrecht begnügen, das nur den besitzenden Frauen zugute kommt, sie haben sich zum Teil offen gegen ein gleiches Wahlrecht für alle Frauen ohne Unterschied der sozialen Stellung gewendet. Genossin Zieg trug in klarer und spannender Weise vor, und die Teilnehmerinnen lauschten mit viel Interesse und spendeten reichen Beifall. Die Vorträge waren gut besucht. Am ersten Abend nahmen 153 Frauen und Mädchen teil, am zweiten 137, am dritten 132 und am vierten 131. 132 Teilnehmerinnen gehörten der Partei an, 22 waren politisch und gewerkschaftlich organisiert, 1 nur gewerkschaftlich und 20 standen außerhalb jeder Organisation. Die gewerkschaftlich organisierten Teilnehmerinnen gehörten folgenden Berufen an: je 1 Buchdruckereihilfsarbeiterin und Sortiererin; je 4 Hausangestellte und Transportarbeiterinnen, je 2 Holzarbeiterinnen, Tabakarbeiterinnen und Schneiderinnen, je 3 Handlungsgehilfinnen und Textilarbeiterinnen. Es war der erste Kursus zur systematischen Schulung der Genossinnen, der in Bremen abgehalten wurde; das Resultat kann uns wohl befriedigen. Grete Simon.

Leopold Viepmann † In Berlin ist aus unseren Reihen einer der Genossen vorzeitig gerissen worden, denen ein großes und bleibendes Verdienst um die Festigung und Ausgestaltung der Parteiorganisation zukommt: Genosse Viepmann ist sechsundfünfzigjährig dem schweren Leiden der Zuckerkrankheit erlegen. Siebzehn Jahre lang hat er sich tapfer dagegen gewehrt, hat er dem Feind Zoll für Zoll des Vordringens streitig gemacht, weil das Leben ihm vor allem um dessentwillen lebenswert dünkte, was er für sein sozialistisches Ideal leistete und künftig zu leisten gedachte. Noch zu der Zeit, wo das Sozialistengesetz dem Kampfe für die Befreiung der Lohnarbeitenden harte Fesseln anlegte, bekamnte sich der junge Reisende zum Sozialismus. Aus seiner sozialistischen Erkenntnis heraus trat er bereits 1888 der Harmoniegesellschaft zwischen Kapitalisten und Angestellten im Handelsgewerbe entgegen und forderte nachdrücklich die Gründung einer selbstständigen Organisation der letzteren. In den folgenden Jahren half er unermüdet, eine Handlungsgehilfenbewegung in Fluß zu bringen und zu halten, die sich stramm orga-

nisiert resolut auf den Voben des Klassenkampfes stellte. Ihre Ziele hat er bis zuletzt mit Treue gefördert. Das Schwerkrieg seiner Tätigkeit lag jedoch je länger je mehr auf dem Gebiet des politischen Lebens, und hier wiederum war es besonders die Vervollkommnung der Parteiorganisation zu einem musterhaft funktionierenden Rüstzeug des politischen Kampfes, der sein Sorgen und Mühen galt. Es waren seine hellsten Freudentage, wenn sich die Schlagkraft der Berliner Parteiorganisation in den Wahlkämpfen, bei den gewaltigen Wahlrechtsdemonstrationen, bei den Friedenskundgebungen usw. prächtig bewährt hatte. Wie bligten die Augen des kleinen schwächlichen Mannes, den die Krankheit gleichsam zusammenzubrücken schien, wie lebhaft wurde seine Rede, wenn er von solchen Aktionen berichten konnte. Es ist eine große Summe von Arbeit, die Genosse Viepmann öffentlich und im stillen geleistet hat. Wenn ihm die Berliner Genossen nach vielen anderen Ehrenposten einstimmig den des Parteisekretärs anvertrauten, wenn sie ihn als ihren Weisiger in den Parteivorstand wählten, so ehrten sie nicht bloß das Verdienst, sondern legten auch ihre Sache in zuverlässige, bewährte Hände. Seit einem Vierteljahr hatte sich Genossen Viepmanns Leiden berart verschlimmert, daß es den Unermüdeten zu zeitweiliger Ruhe zwang. Ende Dezember mußte er ins Krankenhaus gebracht werden, wo ihm das linke Bein bis zum Knie amputiert wurde. Er ertrug die schwere Operation in großer Fassung in der Überzeugung, daß sie sein Leben um ein paar Jahre verlängere. Bald setzte der Tod allem Hoffen auf weitere Tätigkeit ein Ziel, aber er kam zögernd, so daß er dem Sterbenden noch den Sonnenschein der Freude über den großen Sieg der Sozialdemokratie vergönnte. Mit Genossen Viepmann, dem trefflichen Kämpfer, der unbelümmert um persönliche Opfer in unseren vordersten Reihen foht, ist ein glütiger, hilfsbereiter Mensch von uns geschieden. Die Kränze sind wohlverdient, welche die Achtung und Dankbarkeit des organisierten Proletariats auf sein Grab legte; sein festes Wollen lebt in der Arbeit, dem Kampf der Millionen weiter, mit denen er einer Überzeugung und eines Zieles war.

Ein internationaler Glückwunsch. Der Landesauschuß der „Liga für die Interessen der erwerbstätigen Frauen von Großbritannien und Irland“ sendet den sozialistischen Frauen im Deutschen Reich seine aufrichtigsten Glückwünsche zu dem Wahlsieg, der auch mit ihrer Hilfe erfochten worden ist. Er hofft, daß dieser Sieg nicht nur die Beziehungen zwischen Deutschland und England freundschaftlich gestalten und die Lage des deutschen Proletariats verbessern wird, sondern daß er auch den deutschen Schwestern in Gestalt der Anerkennung jener Bürgerrechte zugute kommt, deren Verweigerung eine Fessel für den Fortschritt der Menschheit ist.

Für den Landesauschuß

der Liga für die Interessen der erwerbstätigen Frau:
Mary Macpherson, London.

Politische Rundschau.

110 Sozialdemokraten im Reichstag! Das ist das stolze Ergebnis der Reichstagswahlen. Alles Toben und Beschwoeren Wehmann Hollwegs in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ hat nichts genutzt; die gefürchtete Partei der Roten zieht als die stärkste Fraktion ins Parlament ein. Das bisher mit der Faust der Mandate an der Spitze stehende Zentrum ist mit 93 Sitzen an die zweite Stelle gerückt, und selbst wenn es noch einige Gefässer und Welsen zu sich herüberzieht, erreicht es nicht die Stärke der sozialdemokratischen Fraktion. Wäre die Wahlkreiseinteilung so gerecht, wie sie ungerecht ist, so wäre freilich die Sozialdemokratie schon längst die stärkste Partei auch der Mandatszahl nach gewesen. Denn der Stimmzahl nach ist sie es schon lange. Zum Teil ist jetzt durch das günstige Ergebnis der Stichwahlen der Nachteil ausgeglichen, den die veraltete Wahlkreiseinteilung für die in den großen Städten überwiegende Sozialdemokratie bedeutete — mit den Stimmen, die in Berlin VI oder Teltow-Veeslow auf einen sozialdemokratischen Abgeordneten fallen, bringen die Konservativen in Ostelbien oder das Zentrum in Bayern und in den rein ländlichen Kreisen des Rheinlandes gut ein Duzend ihrer Abgeordneten durch —. Zum Teil allerdings nur, denn die 110 Mandate machen noch nicht das Drittel der 397 Mandate aus, das die Partei mindestens haben müßte, die über ein Drittel der Wähler müßte.

Bei der Mandatsverteilung ist, abgesehen von Parteispitterchen wie Welsen und Bauernbund, die Sozialdemokratie die einzige Gewinnerin. Sie stieg von 53 Mandaten, die sie bei der Auflösung des Reichstags besaß (1907 erhielt sie nur 43), auf 110, also um 57 (bzw. 67). Hingegen sanken die Konservativen von 59 auf 43, die Freikonservativen von 25 auf 14, die antisemitische

Wirtschaftliche Vereinigung von 18 auf 10, so daß die Rechte im ganzen 35 Mandate verlor. Das Zentrum verlor 10 Reichstags-sitze, statt 103 zählt es nur noch 93 Abgeordnete; die Polen sanken von 20 auf 18 Mandate, die Fortschrittler von 49 auf 42 und die Nationalliberalen von 51 auf 47 (2 Bauernbündler eingerechnet). Um sich über den Rückgang der liberalen Mandatszahl zu trösten, hat die liberale Presse ausgerechnet, daß die „Linke“ des Reichstags, also Sozialdemokratie, Fortschrittler, Nationalliberalen und der Däne, 200 Mandate zählt und damit die Mehrheit gegen die Blauschwarzen hat, da Rechte, Zentrum, Polen, Eisach-Lothringer, Welfen und Witte nur 197 Mann zählen. Doch diese Berechnung hat wenig Wert, da die Nationalliberalen, namentlich wenn es um Arbeiterrechte und Volksrechte geht, die Gefolgschaft von Zentrum und Konservativen bilden werden. Und wenn es sich um Peeres-, Marine- und Kolonialvorlagen handelt, wenn es welt-politische Abenteuer gilt, da wird die Sozialdemokratie einem festen bürgerlichen Block gegenüberstehen.

Schon die Haltung der Liberalen bei den Stichwahlen zeigt das. Die Nationalliberalen haben zwar eine Einladung der Regierung zu einer Zusammenkunft im preussischen Abgeordnetenhaus abgelehnt, bei der ein Stichwahlkartell sämtlicher bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie geschlossen werden sollte. Ja, sie haben sogar den Versuch gemacht, so etwas wie eine einheitliche Parole für die Stichwahlen auszugeben. Der geschäftsführende Ausschuss forderte nämlich auf, in erster Linie für die Kandidaten der Fortschrittler einzutreten unter der Voraussetzung, daß diese gleiches mit gleichem vergälten. Indes wurde es den Landesorganisationen gestattet, auch Abkommen mit anderen Parteien zu schließen, das heißt auch mit der Rechten und dem Zentrum. Der Einfluß des geschäftsführenden Ausschusses der Nationalliberalen war überdies so gering, daß er ein Abkommen der Schleswig-Holsteiner Nationalliberalen mit den Landbündlern und Konservativen gegen den Fortschritt nur bedauern, aber nicht verhindern konnte. Der Fortschritt ging ein klein wenig weiter. Zwar forderte er auch vorerst zur Unterstützung der Nationalliberalen auf, obgleich einen erheblichen Teil ihrer Kandidaten waschechte Reaktionen bildeten. Zwar wagte der Fortschritt nicht einmal die Losung für die Sozialdemokratie gegen die Blauschwarzen auszugeben. Aber er forderte seine Wähler wenigstens auf, den Blauschwarzen keine Stimme zu geben. Das genügte schon, um die Konservativen und das Zentrum in wilde Wut zu versetzen. Sie erließen sofort Aufrufe, worin sie drohten, die Liberalen überall gegen die Sozialdemokratie im Stiche zu lassen, indem sie Wahleuthaltung übten. Indes ließen sie vorsichtig die Brücken ins liberale Lager stehen: wo besondere Abmachungen auf Gegenseitigkeit getroffen werden könnten, da sollten sie vollzogen werden. Die Sozialdemokratie allein hielt sich allen Zweideutigkeiten fern. Sie versprach allen den Liberalen Unterstützung gegen Rechte und Zentrum, die die auf dem Parteitag von Jena 1911 geschaffenen Stichwahlbedingungen anerkannten. Diese Bedingungen enthalten die Verpflichtung zur Ablehnung aller Anschläge auf das Reichstagswahlrecht und das Koalitionsrecht, aller Ausnahmegefesse und Versuche, Ausnahmebestimmungen in das Strafrecht einzuschmuggeln, sowie zur Ablehnung der Erhöhung aller Zölle und Steuern auf Lebensmittel. Der Reichskanzler ließ die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ jeden Tag Gift speien über den Verrat des Liberalismus an der bürgerlichen Gesellschaft. Indes kam es ja gar nicht so schlimm, wie er getan hatte. Der Fortschritt verübte zwar am ersten Stichwahltag Verrat, aber nicht an der Reaktion, sondern an seiner eigenen Wahlparole und an der Sozialdemokratie. Nicht weniger als 18 Wahlkreise lieferte er am 20. Januar den Blauschwarzen aus, so daß die Sozialdemokratie an diesem Tage nur 8 Mandate — Rostock, Hameln, Kassel, Eschwege-Schmal-Lalben, Würzburg, Dresden-Alttadt, Löben und Freiberg — durchweg ohne Fortschritts-hilfe gewann, während sie dem Fortschritt zu 10 Mandaten verhalf. Besonders schmählich verhielt sich der Fortschritt in Sachsen, wo er Antisemiten und Konservativen durchhalf, um das Mandat von Plauen vor der Sozialdemokratie zu retten. Diese Preisgabe der politischen Ehre war indes vergebens. Am 22. Januar fiel Plauen trotzdem der Sozialdemokratie zu. Dieser Tag war wieder ein reicher Erntetag unserer Partei. Sie eroberte 27 Sitze — Hildesheim, Einbeck-Northeim, Kottbus-Spremberg, Oschersleben-Halberstadt, Zerichow, Bitterfeld-Delitzsch, Dessau-Zerbst, Bernburg-Wal-lenstedt, Weimar-Apolda, Jena-Neustadt, Altenburg, Plauen, Breslau-Ost, Görlitz, Hagen, Köln, Höchst-Homburg, Frankfurt a. M., Darm-

stadt, Erbach-Bensheim, Heilbronn, Ansbach-Schwabach, Bayreuth, Kaiserslautern, Straßburg-Land, Kolmar und Metz. Auch an diesem Tage hat der Fortschritt vier Wahlkreise ohne Einschränkung der Reaktion ausgeliefert. In den anderen, die die Sozialdemokratie gewann, und in denen seine Stimmen in Betracht kamen, hat er sich geteilt. Und zwar fiel der größere Teil meist der Reaktion zu, so daß die Sozialdemokratie in vielen dieser Wahlkreise nur infolge ihres Vorsprunges oder durch Reserven siegte.

Von besonderer Bedeutung war die Eroberung Kölns durch die Sozialdemokratie. Der Verlust des heiligen Kölns ist für das Zentrum ein schwerer moralischer Schlag. Der Fortschritt und die Jungliberalen haben hier in der Mehrheit gegen die Rechtsnationalliberalen für das Zentrum gestimmt. Das Zentrum hatte alles aufgegeben, um den wichtigen Sitz zu retten — es hatte den Nationalliberalen zu diesem Zweck ein weitgehendes Abkommen angeboten. Aber diese mußten mit der antikirchlichen Stimmung der Kölner Jungliberalen rechnen und schlossen das Abkommen daher nur für das Ruhrrevier und Düsseldorf ab. Das Zentrum sollte Essen, Dortmund und Düsseldorf, die Nationalliberalen Bochum und Duisburg-Oberhausen erhalten. Die Rechnung war indes ohne die Sozialdemokratie und den linksstehenden Teil der Nationalliberalen gemacht. Das Zentrum spielte zwar Duisburg und Bochum, wo die christlichen Bergarbeiter gegen den Vertreter des freien Bergarbeiterverbandes Hué aufgepeitscht worden waren, den Nationalliberalen in die Hände. Selbst aber konnte es nur noch einmal das Essener Mandat behaupten, während Dortmund und Düsseldorf der Sozialdemokratie verblieben. Der Verlust von Bochum und Duisburg ist für die Sozialdemokratie freilich sehr schmerzlich, indes kann sie aus ihrem Stimmenzuwachs in diesen beiden Kreisen wie auch in Essen, der weit größer als der der Bürgerlichen ist, die Gewißheit schöpfen, daß ihr das Ruhrrevier bald im ersten Wahlgang gehören wird. Außer Düsseldorf und Dortmund gewann die Sozialdemokratie am 25. Januar noch die Mandate von Eibefeld-Warmen, Dennew-Mettmann, Altena-Iserlohn, Sorau-Forst, Kalau-Ludau, Poitzdam-Osthabelland, Nordhausen, Grünberg-Frehstadt und Striegau-Schweidnitz. Am letzten Stichwahltag hatte der Fortschritt zu den sozialdemokratischen Siegen einiges beigetragen, wenn er auch noch lange nicht das getan hat, was seine politische Pflicht war.

Viele Mandate erfocht die Sozialdemokratie vom Fortschritt, so am 22. Januar Görlitz, wo der Vater der Arbeiterentrechtung in den Krankenkassen, Herr Mugdan, in den Sand rollte, und Hagen, das Eugen Richter ein Menschenalter vertreten hatte; am 25. Januar Nordhausen, das nicht minder lang im fortschrittlichen Besitz gewesen, und wo der Führer Dr. Wiemer unterlag. Sonst ist von den Stichwahlergebnissen noch bemerkenswert, daß der Edle von Oldenburg auf Januschau, einer der ruppigsten Vertreter des Junkertums und Staatsrechtspolitiker, in Eibing durch einen Freikonservativen verdrängt wurde. Gleich in zwei Stichwahlen ist der Führer der Bauernbündler Dr. Kössig durchgefallen, nachdem sein Kampfgenosse Dr. Sahn schon in der Hauptwahl durchgerafft war. Dafür wird Dr. Ortel, der begeisterte Vertreter der Prügelstrafe, den Reichstag wieder zieren.

Die Sozialdemokratie kann mit freudiger Genugtuung auf die Stichwahlen zurückblicken. Sie hat eine ganze Anzahl von Mandaten durch das Aufgebot von Reserven noch aus eigener Kraft gewonnen. Dort, wo ihr ein Teil liberaler Wähler oder die Wahleuthaltung der Rechten und des Zentrums zum Erfolg verhalfen hat, tat sie nichts, was gegen ihre Grundsätze verstieß, um diese Hilfe zu erlangen. Mit reinem Schilde verläßt sie das Feld des zweiten Wahlganges, das für die bürgerlichen Parteien eine Stätte unwürdigen Schachers oder erbärmlichen Verrats war. Das Zentrum wird das gereitete Essener Mandat teuer zu bezahlen haben — die Abkommandierung der katholischen Arbeiter zugunsten der nationalliberalen Scharfmacher wird in proletarischen katholischen Kreisen die Erkenntnis des arbeitersfeindlichen Charakters des Zentrums mächtig fördern. Die Wahl 1912 ist der Anfang vom Ende des Zentrums als Partei proletarischer Massen — die Entwicklung, die jetzt einen kräftigen Aufwärtsschritt getan hat, wird es allmählich auf die ländlichen Kreise der katholischen Gebiete zurückwerfen. Man darf sich diesen Prozeß allerdings nicht allzu schnell vorstellen. Es wird noch harter Kämpfe bedürfen, bis er sich durchsetzt, aber der Anfang ist gemacht.

Der gewaltige Mandaterfolg der Sozialdemokratie hat unsere Gegner, denen die Mandate alles sind, noch mehr betroffen als das Anwachsen unserer Stimmen. Sie zerbrechen sich schon jetzt den Kopf, was wir tun werden. Allerlei Betrachtungen werden angestellt, ob die Sozialdemokratie sich jetzt zur reinen Reformpartei entwickeln werde, ob sie die „revolutionären Allüren“ und die „utopistischen Ziele“ aufgeben werde, um positive Arbeit für die Arbeiterschaft zu leisten. Alle diese Spekulationen sind natürlich gegenstandslos. Nach glänzendem Siege hat die Sozialdemokratie Besseres zu tun, als das aufzugeben, was ihr innerstes Wesen ist, was sie groß gemacht hat und sie zum Ziele führen wird. Positive Arbeit für die Arbeiterschaft hat sie stets geleistet und wird sie weiter leisten, ohne deshalb ihre entschiedene Kampfstellung gegen den Kapitalismus und alle seine Ausflüsse, wie Imperialismus und Militarismus, aufzugeben. Die neue Heeres- und Marinevorlage soll ja bereits fertiggestellt sein. An dieser Vorlage wird die Sozialdemokratie der bürgerlichen Welt alsbald beweisen, daß sie die alte bleibt für und für!

H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die Simulantenchnüffelei treibt in der Arbeiterversicherung gisrige Blüten. Das kommt nicht allein in der Rechtsprechung äußerst stark zum Ausdruck, sondern ebenso in der Verwaltung, nicht zuletzt auch bei den Krankenkassen. In Tausenden von Fällen werden schwer Leidende als Simulationsverdächtig behandelt und gehen ihres Unterstützungsanspruchs verlustig, ohne daß weiter etwas davon bekannt wird. Doch jeder mit der Sache näher Vertraute weiß, daß der Arbeiter fast stets viel zu spät zum Arzte geht. Oft schleppt er sich unter den größten Anstrengungen zur Arbeit, und nur bei äußerster Hinfälligkeit verläßt er die Treitmühle der täglichen Arbeit, weil er auf sein volles Lohneinkommen angewiesen ist. Sehr wenige unrühmliche Ausnahmen bestätigen auch hier nur die Regel und vermögen nicht das große Unrecht zu entschuldigen, das täglich an vielen Arbeitern und Arbeiterinnen verübt wird, denen man ihr gutes Recht vorenthält. Im Oktober vorigen Jahres ließ sich ein Arbeiter, dem solches Unrecht widerfahren war, in der Leidenschaft zu einer Tat der Verzweiflung hinreißen. Die bürgerliche Presse schäumte vor Entrüstung. Ein schwer lungenkranker Anstreicher, Mitglied einer Malerinnungskasse, war vom Vertrauensarzt für gesund erklärt worden. Er gab auf den Doktor einen Revolverchuß ab, der diesen schwer, aber nicht tödlich verwundete. Ein Spezialarzt für Lungenkrankheiten und ein Kreisarzt hatten den Anstreicher für arbeitsunfähig erklärt, die christlich verwaltete Krankenkasse aber hielt sich an das Attest des Vertrauensarztes und beschwor dadurch die Verzweiflungstat herauf. Trotzdem der medizinische Sachverständige vor Gericht den Angeklagten als feilsch minderwertig bezeichnete, beurteilten die bürgerlichen Geschworenen den Verzweifelter zu zwölf Jahren Zuchthaus. Wir wollen diesem Urteil nicht eine große Reihe anderer Urteile entgegenhalten, durch die Angehörige der höheren Gesellschaftsklassen bei Totschlägen mildere Richter fanden. In diesem Falle wurde die Gemütsverfassung des Unglücklichen nicht als strafmildernd gewertet. Und das, obgleich dieser sich in seiner Ehre und seinem Rechte schwer gekränkt fühlen mußte, und obgleich ihm, dem Schwerkranken, das Zeugnis des Arztes die Möglichkeit der Heilung raubte. Die Tragödie dieses Arbeiterlebens endet im Zuchthaus. Der Kapitalismus preßt die Arbeiter und Arbeiterinnen wie Zitronen aus. Er schafft die Bedingungen, welche die Tuberkulose zur Proletariatskrankheit machen. Kranke stempelt er zu Simulanten, die um die bescheidenen Vorteile gebracht werden, für die doch letzten Endes die Ausgebeuteten allein aufkommen, denn ihr Mühen und Plagen füllt die Kassen, aus denen die Unternehmer ihre Beiträge zur Krankenfürsicherung entrichten. Den Lohnslaven aber, dessen Menschenwürde und Lebenshunger sich gegen das Zertrreten aufbäumen, den die Verzweiflung zum Nachbegierigen macht: der sieht hinter Kerlermauern dem Tode entgegen. Alles das von „Rechts wegen“, nicht bloß auf Grund geschriebener Gesetze, vielmehr nach den ungeschriebenen, aber unbeugsamen Gesetzen, welche die bürgerliche Gesellschaft regieren und ihr Wesen prägen.

Der Streit im Buch- und Steinrudereihilfsarbeiterverband, der wegen des Tarifabschlusses zwischen Zentralvorstand und Berliner Ortsverwaltung ausgebrochen war, hat zunächst dadurch seine Erledigung gefunden, daß die Berliner Zahlstelle erklärte, gegen den Tarifabschluß nunmehr nichts unternehmen zu können. Die Streitpunkte selbst sollen auf einem außerordentlichen Verbandstag im Februar erörtert werden.

Aber das Befinden unseres Genossen Bömelburg gibt ein Attest des Direktors der psychiatrischen Klinik in Jena nähere Auskunft. Danach ist leider auf eine Gefundung unseres verdienstvollen Genossen nicht mehr zu hoffen; eine schwere organische Erkrankung des Gehirns und Rückenmarks hat dauerndes geistiges Siechtum zur Folge. Es ist die Überlast der Arbeit und Verantwortlichkeit, die die robuste Kraft dieses treuen Vorkämpfers für die Befreiung des Proletariats gebrochen hat.

Der Generalstreik der englischen Vergarbeiter ist mit übergroßer Mehrheit von den Mitgliedern der Vergarbeiterföderation beschlossen worden. Da die Kündigungsfristen für die verschiedenen Bezirke unterschiedliche sind, so kann vor dem 1. März, dem Ablaufstermin der letzten Kündigungen, der Streik nicht erklärt werden. Einige Führer der Vergarbeiterorganisation rechnen noch darauf, daß die Grubenbesitzer bis dahin den Bemühungen des Einigungsamtes nachgeben und den geforderten Mindestlohn bewilligen werden. Sollte es zu dem Generalstreik kommen, so würde das ein Ereignis von sehr weittragender Bedeutung sein. #

Der Lohnkampf in der Aischaffenburg Konfektionsindustrie. Während in der Herrenkonfektion, auch dort, wo fast nur Heimarbeit in Frage kommt, überall feste Lohnsätze eingeführt sind, war dies bisher in Aischaffenburg nicht der Fall. Das hatte seine Ursache darin, daß die betreffenden Arbeiter und Arbeiterinnen nur zum geringen Teil in Aischaffenburg selbst und zum größten Teil in Dörfern des Speersitz wohnen und deshalb sehr schwer zu organisieren waren. Mit dieser Schwäche der Organisation hatten auch jedenfalls die 15 Firmen gerechnet, die in dem Verband der Aischaffenburg Kleiderfabriken vereinigt sind. Sie lehnten nicht nur die Forderungen der Arbeiter ab, sondern überhaupt jede Verhandlung darüber. Infolgedessen traten am 8. Januar gegen 800 Konfektionsarbeiter und -arbeiterinnen in den Streik. Das Gewerbegericht bot den Parteien seine Vermittlung an. Der Streik wurde nach wenigen Tagen erfolgreich für die Arbeiter beendet. Zum erstenmal wurde für diesen Bezirk ein Tarif abgeschlossen. Außer dem Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands war noch der Christliche Schneiderverband an dem Kampfe beteiligt. H. St.

Lohnbewegungen im Schneidergewerbe. Der Verband der Schneider hatte seinerzeit mit dem Arbeitgeberverband für die Herrenschneiderei, der seinen Sitz in München hat, für ungefähr 120 Orte Tarifverträge auf unbestimmte Zeit mit dreimonatiger Kündigungsfrist abgeschlossen. Diese Verträge wurden am 1. Dezember vorigen Jahres für folgende Orte gekündigt: Berlin, Bochum, Celle, Düsseldorf, Halle a. S., Hamburg, Heidelberg, Köln, Liegnitz, Lübeck, Magdeburg, Meiningen, Mülheim a. Rh., München, München i. Hann., Offenbach, Olsnitz, Quedlinburg, Rostock, Solingen, Stralsund, Trier, Ulm und Weimar. Auf Grund der Vertragsbestimmungen sind die Verhandlungen über die neu erhobenen Forderungen zunächst örtlich zu führen; die Tarifberatung hat spätestens sechs Wochen nach erfolgter Kündigung ihren Anfang zu nehmen. Wenn die Parteien sich am Orte nicht einigen können, treten die Hauptvorstände vierzehn Tage vor Ablauf der Kündigungsfrist zusammen, um noch einen Einigungsversuch zu unternehmen. Vorher dürfen die Parteien weder Streik noch Aussperrung in Anwendung bringen. Aber das Ergebnis der Mitte Januar begonnenen Verhandlungen läßt sich erst in einigen Wochen ein Überblick gewinnen. H. St.

Genossenschaftliche Rundschau.

In Dresden, wo man sich seit sage und schreibe vierzehn (14) Jahren bemüht, eine U m s a t z s t e u e r zustande zu bringen, haben nun diese Bestrebungen mit einem völlig negativen Ergebnis ihr Ende erreicht. Immer wieder tauchte während dieser Zeit im Stadtparlament das Umsatzsteuergespenst auf. Vorlagen über Vorlagen wurden ausgearbeitet, nie konnten sich jedoch Rat und Stadtverordnete darüber einigen. Kommissionen haben während dieser langen Zeit im Schweige ihres Angesichts gearbeitet. Endlich schien die Sache perfekt werden zu wollen. Beide Kollegien einigten sich auf eine Vorlage, die ein grandioses Unrecht gegen die vier Dresdener Konsumvereine und eine Anzahl großer leistungsfähiger Privatgeschäfte bedeutete. Die Gegner der Steuer waren jedoch auch nicht müßig; sie kämpften vielmehr mit zäher Ausdauer, guten Gründen und einem unanfechtbaren Beweismaterial gegen die Steuerunrechtspläne. Wie sich gezeigt hat, mit gutem Erfolg! Die vorgesehene Behörde und die Regierung konnten sich den Argumenten der Steuergegner nicht verschließen. Sie versagten die nötige Zustimmung zu der Vorlage und wiesen diese mit der Direktive zurück, wichtige prinzipielle Änderungen vorzu-

nehmen. Doch aber war damit die einer besseren Sache würdige Fähigkeit der Umsatzsteuerfreunde nicht gebrochen, obwohl im Stadiparlament für sie inzwischen die Stimmung ungünstiger geworden war. Im November 1910 wurden neue Beschlüsse gefaßt und an die vereinigten Ausschüsse verwiesen. Die Mehrheit dieser Körperschaften kam zu dem Vorschlag, die ganze Umsatzsteuer abzulehnen. Dieser Antrag wurde in der letzten Plenarsitzung des alten Jahres mit einer Mehrheit von 14 Stimmen angenommen. Damit ist die Umsatzsteuer in Dresden beseitigt! In keinem Orte und Lande Deutschlands dürfte so heftig für und gegen diese Steuer gekämpft und ein so umfangreiches und interessantes Material beschafft worden sein, wie in Dresden.

Nach dem neuesten Jahrbuch des Allgemeinen deutschen Genossenschaftsverbandes bestanden am 1. Januar 1911 im Deutschen Reich 20 556 Genossenschaften, gegen 29 497 am 1. Januar des Vorjahres. Die Mitgliederzahl der von der Geschäftsstatistik erfaßten 23 521 Genossenschaften betrug 4 471 721 und ist um etwa 275 000 oder 6,5 Prozent des vorjährigen Mitgliederbestandes gestiegen. Die Genossenschaften arbeiten mit 640 Millionen Mark eigenem Vermögen (Geschäftsguthaben und Reserven) und rund 4172 Millionen Mark fremdem Kapital. Der Wert ihrer gesamten geschäftlichen Leistungen kommt in einem Umsatz von 23 Milliarden Mark zum Ausdruck. Für das Vorjahr stellten sich die entsprechenden Zahlen auf 573 Millionen, 3806 Millionen und 19,6 Milliarden. Sind diese Ziffern auch im Vergleich zu denen der Aktiengesellschaften bescheiden, so gewinnen sie dennoch an Bedeutung, wenn berücksichtigt wird, daß sie sich meist aus recht kleinen Beiträgen zusammensetzen. Es spiegeln sich hier im wesentlichen die auf der Selbsthilfe beruhenden Leistungen der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise, des Mittelstandes und der Arbeiterklasse, wieder. Die weiteste Verbreitung haben die Kreditgenossenschaften, 16 238 mit 2 302 827 Mitgliedern. Daneben bestanden 1449 Konsumvereine (mit 1 473 740 Mitgliedern), 739 Baugenossenschaften (mit 196 751 Mitgliedern), 2408 Volkswirtschafts- und landwirtschaftliche Bezugs- und Verbrauchergenossenschaften, 120 Wirtgenossenschaften, 239 gewerbliche Rohstoffgenossenschaften, 20 gewerbliche Magazingenossenschaften, 68 gewerbliche Produktivgenossenschaften, 60 gewerbliche Wertgenossenschaften und 79 Einkaufs- und Kleinhandels-Genossenschaften der Kleinrentner. Gut drei Viertel aller Genossenschaften haben ihrer Mitgliederzusammensetzung nach überwiegend ländlichen und nur etwa ein Viertel städtischen Charakter. Es dürften auch nahezu 500 000 Handwerker und Kleinrentner Mitglieder von Genossenschaftsbanken sein; genau läßt sich die Zahl nicht ermitteln. Dagegen haben sich zu reinen Fachgenossenschaften (Rohstoff-, Magazin-, Produktiv- und Wertgenossenschaften) etwa 80 000 Handwerker zusammengeschlossen, während den landwirtschaftlichen Fachgenossenschaften rund 470 000 Mitglieder angehören.

So weit die Angaben des Jahrbuchs. Die Zahl der Konsumvereine und ihrer Mitglieder ist zu niedrig angegeben, die Statistik hat offenbar einen größeren Teil derselben gar nicht erfaßt.

Der Zusammenschluß von drei Dresdener Konsumvereinen und der von Niederstedlig und Plauenscher Grund wird im Laufe dieses Jahres vollzogen werden. Eine Kommission hat die formalen und sonstigen Vorbedingungen geschaffen, die von den Generalversammlungen der einzelnen in Betracht kommenden Vereine wohl angenommen werden dürften, da überall der gute Wille zur Vereinigung vorhanden ist. Nur der Verein Pieschen-Dresden (der vierte Dresdener) hält sich vorläufig noch abseits. Hier bremsen sonderbarerweise der Geschäftsführer, der zugleich Vorsitzender des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine ist. Es dürfte aber nur noch eine Frage kurzer Zeit sein, daß auch dieser Verein dem großen Ganzen sich anschließt. — Für den verschmolzenen Verein werden neue Satzungen geschaffen, die den heutigen Anforderungen entsprechen und natürlich auch der zukünftigen Entwicklung Rechnung tragen sollen. Der vereinigte Konsumverein in Dresden wird über 50 000 Mitglieder umfassen und auf Grund seines Umsatzes von beinahe 20 Millionen Mark der größte Konsumverein Deutschlands sein. Das Dresdener Beispiel verdient Nachahmung. Die deutsche Arbeiterkonsumvereinsbewegung ist drücklich zu sehr zerstückelt. Wo es nur irgend angängig ist, sollte mit der Ansicht und dem Brauche gebrochen werden, daß jeder kleine Ort seinen eigenen Konsumverein haben muß. Besonders in Thüringen und dem übrigen Mitteldeutschland leidet die Sache noch unter diesem Zustand. Daß es in Hamburg bisher nicht möglich war, die beiden dort bestehenden Arbeiterkonsumvereine zusammen zu bringen, ist ebenfalls bedauerlich. Dauernd darf aber der jetzige Zustand nicht geduldet werden.

Der Konsumverein München-Sendling konnte im Jahre 1911 auf sein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Er

wurde am 20. Februar 1886 von elf Mann im „Raibräu“ gegründet und hat am 30. Juni 1911 sein 25. Geschäftsjahr beendet. Die elf Begründer hatten einen gar feinen Boden zu bearbeiten. Die Zahl der Mitglieder stieg und fiel abwechselnd in den ersten fünf Jahren. Der Gesamtumsatz ergab eine ganz geringe Steigerung. Im Jahre 1891 betrug die Mitgliederzahl erst 48 und der gesamte Umsatz 41 698 Mark. Erst nach weiteren zehn Jahren begann der Verein sich schnell und kräftig zu entwickeln. Im Jahre 1901 hatte er fünf Verkaufsstellen, 1911 waren es 31. Der Verein hat das Weichbild der Stadt München verlassen. Die große Umgebung bietet aber noch ein weites und fruchtbares Gebiet für die Organisation der Konsumenten. Die Jubiläumsschrift, die dem 25. Geschäftsbericht beigelegt ist, bietet des Interessanten und Lehrreichen viel. Der Bericht über das Jubiläumsjahr zeigt allenthalben gute Erfolge. Die Zahl der Mitglieder stieg von 16 929 auf 21 117, der Gesamtumsatz von 6 837 304 Mk. auf 8 641 392 Mk. Die Gesamtaktiven betragen 3 349 420 Mk., die Geschäftsguthaben 457 212 Mk., die angesammelten Fonds 203 057 Mk., die Spareinlagen der Mitglieder 1 648 708 Mk. (dem 1 067 893 Mk. liquide Mittel gegenüberstehen). An Steuern aller Art mußte der Verein im Jahre 1910/11 83 123 Mk. bezahlen! Die Bäckerei erzeugte im Jahre 1910/11 1 845 478 Mk. Waren. Die Abschreibungen betragen im Berichtsjahr 102 549 Mk. Der Bericht schließt mit den Worten: Großes ist schon erreicht, und noch Größeres könnt ihr erreichen, wenn ihr euch eurer Konsumkraft auch ganz bewußt werdet!

Auch die Kleingewerbetreibenden kommen allmählich dahinter, daß es vernünftiger für sie ist, sich gleichfalls des Genossenschaftswesens zu bedienen, statt auf die Konsumvereine zu schimpfen und Ausnahmegesetze gegen sie zu verlangen. Das zeigte unter anderem kürzlich eine Notiz im „Deutschen Handwerksblatt“. Dort hieß es: „Mit einer für das Bäckerhandwerk wichtigen Frage hatte sich der Vorstand der Rheinischen Genossenschaft zur wirtschaftlichen Förderung von Handwerk und Gewerbe in seiner letzten Sitzung zu befassen. Eine Bäckerinnung will dazu übergehen, eine Produktivgenossenschaft zu errichten und in modern eingerichteter Werkstatt die verschiedenen Brotsorten auf gemeinsame Rechnung herstellen lassen. Man will damit die Konkurrenz abschwächen, die den kleinen selbständigen Meistern seitens der Brotfabriken gemacht wird. Dadurch, daß der Gegenstand des Unternehmens auf Herstellung von Brot beschränkt ist, bleibt die Selbstständigkeit der einzelnen im übrigen gewahrt. Der Vorstand beschloß, nach Prüfung der besonderen Verhältnisse das Unternehmen durch Maschinenvermittlung zu unterstützen, wenn er auch im allgemeinen die Schwierigkeiten produktivgenossenschaftlicher Unternehmungen nicht verkennet.“ Wenn die Sache richtig angefaßt wird, haben diese Bäckermeister den Schritt, den sie da tun wollen, sicher nicht zu beklagen.

Der letzte Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Osterreich, der in Innsbruck stattfand, hat sich wiederum mit der Konsumvereinsfrage beschäftigt und einen Beschluß gefaßt, in dem unter anderem erklärt wird: „... Aber wenn heute die Kaufkraft der Arbeiterklasse noch nicht zureicht, die in den politischen Machtverhältnissen gelegenen Ursachen der Teuerung auszuweichen und durch ihre parlamentarische Aktion die Staatshilfe in den Dienst der Volksernährung zu stellen, so kann sie durch organisierte wirtschaftliche Selbsthilfe die Verelendungstendenzen des Kapitalismus wirksam entgegenarbeiten und die Arbeiterklasse kampffähig erhalten und immer kampffähiger machen. Diese Selbsthilfe der Klasse ist eine doppelte: ihre Gewerkschaften müssen stark genug werden, um auf die Gestaltung des Arbeitsmarktes maßgebenden Einfluß zu erlangen und zu behaupten, insbesondere die Lohnhöhe der allgemeinen Preisentwicklung anzupassen und durch die Stärke und Geschlossenheit der Organisation den Widerstand der Unternehmerverbände zu brechen. Diese gewerkschaftlich organisierten Arbeiter müssen auf der anderen Seite die Kaufkraft ihrer gesamten Klasse organisieren und den Lohn in ebenso planmäßiger sozialer Gemeinschaft aufwenden, wie sie ihn gewerkschaftlich erobert haben, und dadurch bestimmenden Einfluß auf den Warenmarkt zu gewinnen suchen. Sie müssen durch den lokalen Konsumverein den Ring der Detailhändler durchbrechen, durch den zentralen Einkauf im großen den Zwischengewinn der Großhändler und schließlich durch Eigenproduktion, vor allem in den durch Kartelle beherrschten Industrien, den Profit der privatkapitalistischen Produzenten auszuschalten streben. Der Parteitag verpflichtet daher alle Organe und Organisationen der Partei, ihre ganze Kraft und alle Mittel ihrer Propaganda in den Dienst der Gewerkschaften sowohl wie der Genossenschaften zu stellen.“ Das ist im wesentlichen derselbe Standpunkt, den die Sozialdemokratie Deutschlands einnimmt.

Notizenteil.

Dienstbotenfrage.

Die Braunschweiger Polizei ruht nicht mit Maßnahmen gegen die Dienstbotenorganisation. Der 8. Dezember v. J. brachte der „Hochwohlblöblichen“ von Braunschweig eine neue Niederlage und nicht die gewünschte Bestrafung der Leitung der Dienstbotenorganisation. Bekanntlich ist am 1. Oktober 1910 das neue Stellenvermittlungsgesetz in Kraft getreten, das für gewerksmäßige Stellenvermittlung bestimmte Vorschriften enthält. Sie gelten nicht für die gemeinnützigen Stellennachweise, doch müssen diese um Entbindung von den Vorschriften eintommen. Die Braunschweiger Dienstbotenorganisation besitzt einen unentgeltlichen, also gemeinnützigen Stellennachweis. Sie wandte sich daher mit dem Ersuchen um Befreiung von den Vorschriften an das Polizeipräsidium und später an das herzogliche Staatsministerium. Statt diesem ihrem guten Recht erhielt sie — wie könnte es in Braunschweig anders sein — sofort wegen Vergehen gegen die gesetzlichen Vorschriften für gewerksmäßige Stellenvermittler zwei Strafmandate über 3 und 15 Mark. Gegen die Strafmandate wurde Einspruch erhoben und gerichtliche Entscheidung beantragt. Genossin L., die frühere Vorsitzende der Organisation, konnte als angebliche Vermittlerin nicht bestraft werden, weil die Verwalterin des Nachweises Genossin S. gewesen war, die jedoch Braunschweig verlassen hatte. Die Nachfolgerin der Genossin S. nahm leider im ersten Termin auf das Zureden des Richters hin den Einspruch zurück. Nun wurde Beweiserhebung angeordnet über die Angaben der Genossin L., der früheren Vorsitzenden. Am 8. Dezember fand der Verhandlungstermin statt; er endete mit der Freisprechung der Genossin L. Die weise Polizei hat also wieder einen Nasenstüber bekommen. Aber das hat sie nicht davon abgehalten, gegen Genossin S., die jetzige Verwalterin des Stellennachweises, neue Strafbefehle zu erlassen, deren Schicksal wir mitteilen werden. Vom Tage ihrer Begründung an erfreut sich die Braunschweiger Dienstbotenorganisation der liebevollsten und gewissenhaftesten Aufsicht der Polizei, die Strafverfahren gegen sie nehmen kein Ende. Der Verein gedeiht gut unter dieser Fürsorge und wird bald in der angenehmen Lage sein, das Jubiläum der ersten zwölf Reinfälle seiner treuen Hüterin zu begehen. A. Vogler.

Eine öffentliche Verammlung für Hausangestellte fand in Jena statt. Die Unterzeichnete referierte über die Frage: „Was können Dienstmädchen von den Herrschaften verlangen?“ Wiederholte Zustimmung bei den Ausführungen über Zeugnisse, unbeschränkte Lohnabzüge, unbegrenzte Arbeitszeit, geringe Entlohnung und anderes mehr bewiesen, daß die Dienstgeber es in Jena ebenso wie anderwärts vorzüglich verstehen, die Arbeitskraft der Hausangestellten auszubeuhen. Das einzelne Mädchen ist ohnmächtig, dagegen anzulämpfen; nur durch den Zusammenschluß im Zentralverband der Hausangestellten wird es möglich, Abhilfe zu schaffen. In der Diskussion sprach ein junges Mädchen, das von seiner Dienstgeberin, der Frau eines Professors, vor dem Besuch der Versammlung gewarnt worden war. Mehr Freiheit mache die Mädchen nur liederlich, hatte diese Dame behauptet. Das Mädchen erzählte, daß es wöchentlich ein Stück Butter und keine andere oder nur sehr knappe Zulose zum Brot erhält. Die Dame riet, statt der Butter Pflanzenmargarine zu essen, auch Wurstfett und Pflaumenmehl schmecke sehr gut. An den Ausgaben für das Dienstmädchen wird gespart, wo es nur irgend angeht. Für gesellschaftlichen Luxus ist Geld da. Das ist nur eine Tatsache von vielen, die für das Los der Dienenden kennzeichnend sind. Und trotzdem verschließt sich deren Mehrzahl noch immer der Erkenntnis, daß die in der Organisation zusammengefaßte eigene Kraft Wandel schaffen muß. Wie lange soll der Schlaf noch währen? Dienende, Töchter des Volkes, aufgewacht!

Die Hausangestellten Leipzigs hatten nach dem Bericht der Kassiererin, Genossin Hebold, im dritten Quartal 1911 eine Einnahme von 109,01 M., eine Ausgabe von 146,21 M. In der Versammlung, die den Bericht entgegennahm, wurde ein kurzer Vortrag über gute und schlechte Literatur gehalten und dabei auf die keine Broschüre hingewiesen: „Du sollst deinen Geist nicht töten!“ Aug. Hennig.

Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrswesens.

Weibliche Arbeitskräfte in den Gewerbeanlagen des Großherzogtums Baden. Soeben erschienen die amtlich ermittelten Resultate der badischen Gewerbeaufsichtserhebungen vom 1. September 1911. Uns interessieren zunächst die Feststel-

lungen über die Anwendung weiblicher und jugendlicher Arbeitskräfte in den 20 159 Anlagen, die der Gewerbeaufsicht unterstellt waren. Im ganzen frondeten darin 284 551 Arbeiter, davon 92,7 Prozent in den 11 389 Betrieben mit mindestens 10 Personen. 80 326 Arbeitnehmer, 30,4 Prozent, gehörten dem weiblichen Geschlecht an; davon waren 24 098, gleich 30 Prozent, verheiratet, 3411, gleich 4,2 Prozent, verwitwet und geschieden. Neunzehn zwei Drittel der Arbeiterinnen waren also ledig. Die Zahl der jungen Leute im Alter von 14 bis 16 Jahren betrug 24 029, das ist 9,1 Prozent; der Kinder unter 14 Jahren 145, gleich 0,1 Prozent. In allen drei Altersgruppen, insbesondere aber bei den Erwachsenen, überwog das männliche Geschlecht. Es wurden 69 991, gleich 29,2 Prozent, erwachsene Arbeiterinnen gezählt, 10 272, das ist 42,7 Prozent, jugendliche, und unter den Kindern unter 14 Jahren befanden sich 63 Mädchen. In den 4650 sogenannten Verordnungsbetrieben (§ 120 e der Gewerbeordnung), die auch unter der Gewerbeaufsicht stehen, werden 7714 Arbeitskräfte, in den 4120 Gast- und Schankwirtschaften etwa 13 000 Hilfskräfte beschäftigt.

Unter den 16 Gewerbegruppen ist es die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel, welche die meisten weiblichen Personen beschäftigt, nämlich 31 983, davon 28 567 in den Zigarrenfabriken. Da das 35,6 Prozent aller Arbeiterinnen sind, so liegt es auf der Hand, wech harten Druck die schwere Schädigung der Zigarrenindustrie durch die Finanzreform auf die Lage der weiblichen Arbeiterschaft Wadens ausüben mußte. In der Textilindustrie sind 20 000 Arbeiterinnen tätig, 25 Prozent der Gesamtzahl der weiblichen Arbeitskräfte, in der Metallverarbeitung werden 12,8 Prozent aller Arbeiterinnen beschäftigt. Die genannten drei Gruppen zusammen verwenden über drei Viertel aller Arbeiterinnen in inspektionspflichtigen Betrieben. Auf 100 Arbeitnehmer kommen 79 weibliche im Reinigungsgewerbe, 72 im Bekleidungs- und Genussmittelberei- tung — 70 aber in der Zigarrenfabrikation allein —, 28 bei der Papierindustrie usw. Die Zunahme der gesamten Arbeiterzahl um 6,2 Prozent innerhalb Jahresfrist beschränkt sich auf die Betriebe mit mehr als 10 Arbeitern. Die Zahl der Arbeiterinnen hat sich um 2695 oder um 3,5 Prozent erhöht; die aller erwachsenen Arbeiter um 7,2 Prozent, die der jugendlichen um 5,4 Prozent.

Die meisten inspektionspflichtigen Betriebe liegen im Amtsbezirk Mannheim, sie beschäftigten 46 376 Arbeiter. An zweiter Stelle steht der Amtsbezirk Pforzheim mit 1068 Betrieben und 30 450 Arbeitern. Der 10. Wahlkreis umschließt den Amtsbezirk Karlsruhe mit 712 Betrieben und 17 698 Arbeitern und den Amtsbezirk Bruchsal mit 11 500 Arbeitern, zusammen also gegen 30 000 Proletarier, wohlverstanden in den Anlagen unter Gewerbeaufsicht allein. Diese vielen Tausende müssen für unsere Organisationen gewonnen werden. Sie aufzuklären und zusammenzufassen lohnt sich besser als das trügerische Phantom einer Großblodpolitik mit dem liberalen Unternehmertum. In der Aufklärung und Organisierung dieser Arbeitermassen liegt die Bürgschaft künftiger Siege. mg.

Fürsorge für Mutter und Kind.

Eine bürgerliche Konferenz für Säuglingschutz. Im Herrenhaus zu Berlin hat im letzten Dezember eine Konferenz der preussischen Landeszentrale für Säuglingschutz stattgefunden. Es lohnt sich, auf diese Veranstaltung zurückzukommen, denn sie ist außerordentlich lehrreich für die Haltung, die große und einflussreiche Kreise der bürgerlichen Welt zu dem schreienden Übel der Kindersterblichkeit einnehmen. Der Anblick des Übels und der Hinblick auf seine Folgen erschreckt sie. Aber seinen Ursachen bis zur letzten nachspüren und die richtigen Forderungen daraus herleiten: das erschreckt sie noch mehr. So kommt es, daß sie schließlich in jeder Hinsicht noch vor dem halben Wege stehen bleiben.

Es war eine hochangesehene Gesellschaft: Ärzte, Regierungsräte, Gemeindevorsteher usw., die sich zusammengefunden hatten, um zu beraten, wie die hohe Säuglingssterblichkeit zu bekämpfen sei. Schon bei den üblichen Begrüßungsreden konnte sich eine denkende Proletarierin ihren Vers dazu machen, warum die bürgerliche Gesellschaft ihr gutes Herz für die Säuglinge der Armen entbedt. Ein Herr Ministerialdirektor betonte, wie nötig es sei, die Bestrebungen zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit zu unterstützen. Das Dahinstehen der Kleinen bedeute doch

für das Reich nicht nur einen Verlust an Kräften, sondern auch an Macht. Viele der früh dahingerafften Knaben hätten Soldaten werden und im Kriegsfall die Macht unseres Heeres stärken können. In einer Zeit wie der unserer wäre das von größter Bedeutung. Also das ist des Pudels Kern: Förderung des Militarismus! Die Besitzenden brauchen genügend Kanonenfutter. Der offenerzige Ministerialdirektor wollte auch tiefgründig sein und sich mit den Ursachen der Kindersterblichkeit auseinandersetzen. Und da fand er nur einen großen Schuldigen, man höre und staune, die Frauenemanzipation. Gegen diese fuhr er sein schwerstes Geschütz auf. Es sei sehr zu bedauern, meinte der Herr, daß sich über zehn Millionen Frauen auf die eigenen Füße gestellt hätten. Früher habe die Frau ihr Ideal in einem glücklichen Familienleben gesehen, heute aber da wolle sie selbständig, da wolle sie berufstätig sein. Wähten doch die Frauen bedenken, wie ungesund die Berufsarbeit für sie sei. Die körperliche und geistige Erwerbstätigkeit überanstrengt sie, mit geschwächten, zerrütteten Kräften kommen sie zur Ehe, unfähig, gesunden Kindern das Leben zu geben.

Der Herr Regierungsvertreter, der so redete, scheint nicht von dieser Welt zu sein, sondern nur in verstaubten Akten aus Anno Tobak zu leben, als der Großvater die Großmutter nahm. Was seither in der gesellschaftlichen Entwicklung vor sich gegangen ist, davon scheint er keine Ahnung zu haben. Gewiß arbeiten manche Frauen, um selbständig zu sein und einen Beruf zu haben, der sie ausfüllt. Und das ist nur zu begrüßen. Denn die Zeiten haben sich gewandelt und mit ihnen die Ansichten und Ideale der Menschen. Die wirtschaftliche Entwicklung hat die Frauen aus dem Hause gedrängt, und neben den wenigen, die nur um innerer Befriedigung willen eine Berufstätigkeit suchen, stehen Millionen, die von der Not gezwungen werden, erwerbstätig zu sein, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Wenn heute die Tochter eines Arbeiters mit ihrem vierzehnten Jahre die Schule verläßt, dann gestatten es ihr die Verhältnisse nicht, zu Hause zu bleiben und — so nötig es auch wäre — der Mutter im Haushalt zu helfen. Nein, die halbflüchtige Proletarierin muß sich einen Erwerb suchen. Das bedeutet aber heutzutage, ihre Jugend, ihre Kraft und Gesundheit dem kapitalistischen Profit zu opfern. Nicht etwa, weil die Mädchen berufstätig sind, treten sie mit geschwächtem Körper in die Ehe, sondern weil ihre Berufstätigkeit vom Kapitalisten ausgebeutet wird. Mit ihrem jungen Körper wird Raubbau getrieben. Trotz des gesetzlichen Behinderungsverbotes müssen Hunderttausende junger Proletarierinnen 12, 14 und 16 Stunden intensiv arbeiten, und das oft für einen Hungerlohn, bei dem sie nicht satt zu essen haben. Überanstrengung der Kräfte und Unterernährung tun ihr Werk. Blutarm und kraftlos kommen die Proletarierinnen zur Ehe. Wer wirklichen Säuglingschutz will, der muß vor allen Dingen für stark verkürzte Arbeitszeit der Arbeiterinnen und bedeutend erhöhte Löhne eintreten. Von dieser Notwendigkeit hat der Herr Regierungsvertreter kein Sterbenswörtchen verlauten lassen. Er will den Säuglingschutz fördern, indem er den Frauen predigt, sie sollten überhaupt nicht erwerbstätig sein und sich nur auf ein glückliches Familienleben vorbereiten. Vielleicht zieht der Herr die Konsequenz dieser seiner Meinung und setzt seine ganze Kraft dafür ein, daß die Arbeiter so hohe Löhne bekommen, daß sie damit allein den Unterhalt der Familie bestreiten können.

Mit dem Säuglingschutz selbst beschäftigten sich die Referate dreier Ärzte. Das erste brachte einen kurzen Überblick über die geschichtliche Entwicklung der Kinderfürsorge. Der Referent hob besonders die einschlägigen Verhältnisse in Leipzig hervor, wo sich die Fürsorgeaufsicht auf alle unehelichen Kinder erstreckt. Zum Schluß trat er für die natürliche Ernährung der Säuglinge ein und erhob die Forderung von Stillprämien. Der zweite Referent verbreitete sich besonders über die Sterblichkeit der unehelichen Kinder. Mit Recht betonte er, daß die Lage der unehelichen Mütter vor der Entbindung meist eine sehr schlimme sei, daß die Schwangeren häufig ihre Stellen verlassen müssen. Durch die dadurch verursachten Entbehrungen werde die Lebenskraft der Leibesfrucht geschwächt. Das Referat behandelte des weiteren den schädlichen Einfluß der künstlichen Ernährung auf die Säuglinge, die zahlreich chronischen Verdauungsstörungen zum Opfer fallen. Die Lieferung hygienisch einwandfreier Milch bezeichnete es als eine der wichtigsten Vorbedingungen guter Kinderpflege. Der Referent befürwortete ferner die Schaffung eines Fürsorgeamtes, das sich der unehelichen Mütter und ihres Kindes annimmt und der ersteren eine Unterkunft für die Entbindung und Pflege nachweist. Schließlich vertrat er die Auffassung, daß zur Fürsorge für die Säuglinge mehr weibliche Hilfskräfte herangezogen werden sollten, damit die nötige Kontrolle auch auf die ehelichen aus-

gedehnt werden könne. Der dritte Redner trat für die Zentralisation der Jugendfürsorge ein. Er forderte die Ausdehnung der Berufsvormundschaft, die Organisation der Milchversorgung und ferner auch die Errichtung von Wächnerinnen- und Säuglingsheimen. Daneben hob er besonders die Bedeutung der privaten Wohltätigkeit hervor, die für einen durchgreifenden Säuglingschutz geradezu unentbehrlich wäre. Auf dem Lande, wo die Armen- und Waisenspflege fast vollständig fehle, leistet nach seiner Meinung die Pastoren, Doktoren und Gutsbesitzerfrauen in dieser Hinsicht Hervorragendes. Da, wo die öffentliche Verwaltung nicht selbst zugunsten des Säuglingschutzes tätig sein kann oder will, müssen nach der Ansicht des Referenten für diese Zwecke private Vereine herangezogen werden.

Die Diskussion über die Referate bot manches Beachtenswerte. So teilte der Gemeindefürsorger aus Erfurt mit, daß ihm in seinen Sprechstunden häufig bis zu 100 Kinder zur Untersuchung gebracht werden. Er bedauerte, daß er in diesen Fällen nicht selbst behandeln, sondern nur einen Rat erteilen dürfe, und daß die Mütter häufig gar nicht in der Lage wären, ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen zu können. Was helfe es ihnen, wenn sie sich an die Armenkommission wendeten? Bis diese über den Fall entschieden habe, sei die Hilfe meist zu spät. Viele Kinder sterben hin, die vielleicht hätten gerettet werden können. Ein Geheimrat der Oberregierungsrat forderte, daß die Gemeinden usw. bei der Vergebung der Haltekinder von vornherein danach trachten müßten, diese in ein Milieu zu bringen, das die sittlich-religiöse Erziehung sichere. Denn, so meinte dieser Redner, die feste religiöse Grundlage sichere das geistige und körperliche Wohl. Einen Orden für diese Weisheit! Ein Berliner Arzt vertrat den Standpunkt, daß die Schulhygiene der Zentralpunkt aller Jugendfürsorge sein müsse. Von 80 000 Kindern, die im vorigen Jahre in Berlin zum Schulbeginn untersucht wurden, mußten 10 Prozent zurückgestellt werden, weil sie unterernährt und infolgedessen zu schwächlich waren; weitere 40 bis 50 Prozent wurden in ärztliche Überwachung genommen. Er verlangte, daß Kommune, Staat und private Wohltätigkeit gemeinsam arbeiten sollten. Auch eine Frau Neuhäuser-Dortmund sprach in der Diskussion. Sie brüstete sich damit, daß sie 78 Frauenvereine vertritt, aber zu der Frage des Säuglingschutzes hatte sie wenig genug zu sagen. Wenn die Behörden wirklich zum Schutze der Säuglinge tätig sein wollten, so meinte die Dame, dürften sie den privaten Vereinen ja keine Konkurrenz machen. Das war alles! Nur ein Redner, Stadterordneter aus Forst, verlangte, daß auch aus den Kreisen der einfachen Frauen Helferinnen zur Waisenspflege herangezogen und daß Krippen errichtet werden sollten. Die Tagenden waren darin einig, daß sie von der Forderung einer gesetzlichen Regelung der Materie Abstand nehmen und nur das erstreben wollten, was unter den gegebenen Verhältnissen zu erreichen möglich ist.

So endete die Konferenz der preussischen Landeszentrale für Säuglingschutz bei Lichte besehen wie das Hornberger Schieken. Wir werden abwarten, ob die Verhandlungen trotz alledem in der Praxis anregend und fördernd auf die Entwicklung des Säuglingschutzes zurückwirken. Unser Vertrauen darauf ist nach der empörenden Behandlung der Mutterchaftsfürsorge bei der Reichsversicherungsordnung unter Null gesunken. Marg. Kaschewski.

Frauenstimmrecht.

Der zweite sozialistische Frauentag in der Schweiz soll im März abgehalten werden. Das Datum dafür ist noch nicht endgültig festgesetzt worden. Die schweizerischen Genossinnen wollen mit der Demonstration für das politische Bürgerrecht des weiblichen Geschlechts auch einen Protest gegen die Lebensmittelteuerung verbinden bezw. eine aufklärende Agitation über deren Ursachen.

Die Einführung des politischen Frauenwahlrechts in Schweden scheint in greifbare Nähe gerückt. Die Thronrede, mit der der König den Reichstag eröffnete, kündigte an, daß die Regierung es für gerecht und dem Staate dienlich ansehe, für die Frauen Wahlrecht und Wählbarkeit unter den gleichen Bedingungen zu verlangen, die für das politische Bürgerrecht der Männer gelten. Eine entsprechende Vorlage werde dem Reichstag zugehen. Das Wahlrecht des schwedischen Volkes ist zwar durch die Einführung der Proportionalwahlen und andere Neuerungen etwas verbessert worden, allein es ist trotzdem auch für die Männer kein demokratisches Wahlrecht. Mitin wird also auch die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts nur eine beschränkte sein, die vielen Frauen des Volkes ihr Bürgerrecht noch vorenthält. Die angekündigte Vorlage dürfte wahrscheinlich eine kraftvolle Agitation für die Einführung eines wirklich demokratischen Wahlrechts entfesseln: für das Wahlrecht aller Großjährigen ohne Unterschied des Geschlechts.

Eine internationale Männerliga für das Frauenwahlrecht entfaltet eine rege Tätigkeit. Den Vorsitz führt der frühere Ministerpräsident von Südastralien, Sir Godburn. Er hat in seiner Heimat den ersten Gesetzesentwurf zur Einführung des Frauenwahlrechts vorgelegt und zur Annahme gebracht. Unter den Mitgliedern der englischen Zweigorganisation der Liga befinden sich recht reaktionäre Elemente, die für die Einführung des Damenwahlrechts agitieren. Ein kürzlich von der Liga verbreitetes Flugblatt dient diesem Ziel, das die Konservativen eifrig begünstigen.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Das Jubiläum einer sozialistischen Arbeiterinnenzeitung.
In diesen Tagen haben die österreichischen Genossinnen einen Freuden- und Ehrentag gefeiert. Am 1. Januar sind es 20 Jahre gewesen, daß die erste Nummer unseres trefflichen Wiener Schwesterorgans erschien: „Die Arbeiterinnenzeitung“. Es war damals ein kühnes Unterfangen, ein sozialistisches Frauenblatt zu gründen. Die proletarische Frauenbewegung Österreichs steckte noch in ihren Anfängen, klein war die Zahl ihrer Anhängerinnen, nicht groß und allgemein das Verständnis, das sie fand. Das begeisterte und opferfreudige Häuflein agitatorisch und organisatorisch tätiger Genossinnen sah sich mit geringen materiellen Mitteln einer Riesenaufgabe gegenüber, zu deren Lösung es eines eigenen Frauenorgans bedurfte. Mit der moralischen und materiellen Unterstützung der sozialdemokratischen Partei wurde die „Arbeiterinnenzeitung“ gegründet, und der rasche Aufschwung des Blattes hat seine Existenzberechtigung vollumfänglich bewiesen. Wie die Partei, so sind auch die Gewerkschaften bestrebt gewesen, die Entwicklung der „Arbeiterinnenzeitung“ zu fördern, und die Genossinnen haben ihre ganze Kraft darangesetzt, ihrem Organ Verbreitung und Bedeutung zu sichern. Ihre freudige Überzeugung von dem notwendigen, sicheren Sieg des Sozialismus und die aus dieser Überzeugung geborene Energie und Selbstlosigkeit fanden in den eifrigen, anhaltenden Bemühungen ihren Ausdruck, die „Arbeiterinnenzeitung“ zu dem zu machen, was sie heute ist. Alle haben zu diesem Ziele zusammengewirkt: die einfachen, ungenannten Genossinnen, die nicht ermüdeten, ihrem Blatte Leserinnen zu werben, die tüchtigen Mitarbeiterinnen und nicht an letzter Stelle die Redakteurin, unsere Freundin, Genossin Adelheid Popp. Es ist ein großes und ein wertvolles Stück ihrer Lebensarbeit, die in der „Arbeiterinnenzeitung“ und ihrer Entwicklung verkörpert ist, der ganz wesentliche Wichtigkeit für den Aufschwung der sozialistischen Frauenbewegung in Österreich zukommt. Unter Genossin Popp's Leitung ist das Organ aus einem kleinen vierseitigen Blättchen zu einer stattlichen, reichhaltigen Zeitschrift geworden, die dem Beispiel der „Gleichheit“ folgend seit einigen Jahren auch mit zwei Beilagen für die Kinder und Mütter erscheint, die von Genossin Emma Adler redigiert werden. Was die „Arbeiterinnenzeitung“ für die Erweckung und Schulung des weiblichen Proletariats leistet, das tritt nicht in ihrer Auflage von 26000 Exemplaren allein in die Erscheinung; es wird bezeugt durch die mehr als 50000 gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen und die 18000 politisch organisierten Genossinnen in Österreich. Wir sprechen der Gesamtheit der deutschen Genossinnen aus dem Herzen, wenn wir unseren österreichischen Schwestern versichern, daß ihr Ehren- und Freudentag auch der unsere ist, und daß wir der tapferen „Arbeiterinnenzeitung“ eine weitere glänzende Entwicklung wünschen.

Die Frau in öffentlichen Ämtern.

Parteienossinnen in Badischen Stadtverwaltungen. Die im Spätherbst beendeten Gemeindevahlen in Mannheim haben der sozialdemokratischen Partei einen erfreulichen Sieg gebracht. Dieser Erfolg erscheint um so bemerkenswerter, als die Wahlen erstmals nach dem seinerzeit viel umstrittenen neuen Gemeindevahlrecht stattfanden. Unsere Partei eroberte 8 neue Stadtverordnetenitze; außerdem ziehen 5 neue Stadträte im Gemeindeparlament ein. Die Vertretung der Sozialdemokratie ist damit von 38 auf 49 Mandate gestiegen. Deythm haben nun auch in Mannheim die Wahlen zu den verschiedenen Kommissionen stattgefunden. Dabei war Gelegenheit, erstmals die alte proletarische Forderung zu verwirklichen, daß auch Frauen der Arbeiterklasse in den Verwaltungskörpern sich und Stimme erhalten. Das neue badische Gemeindevahlgesetz verpflichtet in bestimmten Fällen die Kommune, Frauen in die Kommissionen zu wählen. Unter der früheren Zusammensetzung des Gemeindefollegiums war nicht daran zu denken, daß jemals Parteienossinnen in den engeren Kreis der bürgerlichen Kommunalpolitiker eindringen konnten. Geradezu eifersüchtig waren die Mannheimer Geldsackpolitiker bemüht, modern denkende Frauen von kommunalen Ehrenämtern fernzuhalten. Das künstlich erhaltene Privileg der Besitzenden

ist nunmehr mit der schärferen Waffe des neuen Gesetzes in Trümmer geschlagen worden. Wohl oder übel mußten sich Frauenstimmrechtlerinnen und andere Damen bequemen, unseren Arbeiterfrauen Platz zu machen. Es gelang, bewährte Genossinnen in die Kommissionen zu bringen, die für die werttätigen Schichten des Volkes besonders wichtig sind. Gewählt wurde Genossin Blase in die Armen- und Genossin Kehl in die Krankenhausverwaltung; letztere auch in die Kommission für den städtischen Arbeitsnachweis, Genossin Hoffmann in die Schulkommission und Genossin Pflieger in die Kommission für Schülerspeisung.

Auch in Schwellingen erzielte unsere Partei nach den Neuwahlen einen Erfolg in der gleichen Richtung. Genossin Kahn wurde dort in die Schulkommission gewählt. Aus Karlsruhe ist der nämliche erfreuliche Fortschritt zu berichten. Hier hat Genossin Trinks sich und Stimme in der Schulkommission und Armenverwaltung erhalten, Genossin Diez gehört der Krankenhauskommission an. In Offenburg sitzt Genossin Bed seit Jahren in der Armenkommission.

Wir dürfen überzeugt sein, daß alle gewählten Genossinnen mit Energie und Treue den wichtigen Aufgaben ihres Ehrenpostens gerecht werden. Sie wissen, was es gilt: den modrigen Privilegien der besitzenden Klassen das Recht der arbeitenden Bevölkerung entgegenzustellen, Vorurteil und Eigensucht durch den freiheitlichen Geist einer aufsteigenden neuen Zeit und durch Gemeinsinn zu überwinden.

Mit der Registrierung der von unserer Partei erzielten begrüßenswerten Erfolge sei zugleich die mit mg. unterzeichnete Notiz in Nr. 2 der „Gleichheit“ richtiggestellt. So richtig der dort verzeichnete Tatbestand war, so unberechtigt ist die in ihr enthaltene Kritik, wie die Tatsachen beweisen haben. Genossen Franz's Äußerung auf dem Magdeburger Parteitag, von dem Recht der Frauen zur Mitarbeit auf kommunalem Gebiet, dank dem neuen Gemeindevahlgesetz, war nicht Schall und Rauch. Tatsächlich schafft die neue gesetzliche Ordnung der Dinge die rechtliche Möglichkeit dafür, daß auch unsere Genossinnen, daß proletarische Frauen als gleichberechtigt in der Gemeindeverwaltung tätig sein können. Die Probe aufs Exempel ist gemacht, die rechtliche Möglichkeit ist zu greifbarer Wirklichkeit geworden. Freilich darf die Umfegung der rechtlichen Möglichkeit in die praktische Tat nicht von der Einsicht und dem Gerechtigkeitsfinn der bürgerlichen Vertreter in den Gemeindeverwaltungen erwartet werden. Das hat das Rastatter Beispiel klar genug gezeigt. Das gesetzlich verbürgte Recht gewinnt nur dort mit Sicherheit Leben und Gestalt, wo es von der Sozialdemokratie zum Siege getragen wird. Aber das trifft auch auf andere öffentliche Rechte zu. Ihre Früchte müssen von den Frauen und Männern des werttätigen Volkes gepflückt werden. Daß wir in Baden auf Grund des neuen Gemeindevahlgesetzes Erfolge errungen haben, kann uns daher veranlassen, die Hände in den Schoß zu legen, noch blind machen gegen die schweren Mängel, die dem Gesetz selbst noch anhaften. Weiter arbeiten, heißt für uns die Parole! Weiter arbeiten, um mittels des neuen Gemeindevahlgesetzes alle Vorteile zu gewinnen, die auf kommunalem Gebiet für die Arbeiter und kleinen Leute herausgeschlagen werden können; weiter arbeiten, um dem Gesetz die Giftzähne auszubrechen, die den Interessen der großen Mehrzahl des Volkes gefährlich sind. Unserem eifrigen Bemühen muß es gelingen, in der Gemeindeverwaltung der proletarischen Frau den Platz zu erobern, der ihr gebührt.

R. B.

Frauenbewegung.

Eine Ausstellung von Frauenarbeit in Haus und Beruf soll im Februar und März in Berlin unter dem Protektorat der Kaiserin stattfinden. Die gemäßigten Frauenrechtlerinnen nehmen regen Anteil an dem Zustandekommen und den Vorbereitungsarbeiten des Unternehmens, das auf die Initiative des Deutschen Lyceumklubs zurückgeht, einer frauenrechtlerischen Institution, die ihren Hauptsitz in Berlin hat. Die kleine radikale Gruppe um Frau Cauer hat es dagegen abgelehnt, sich an der Ausstellung zu beteiligen, weil die gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen nicht zur Mitwirkung aufgefordert worden sind. Die Ausstellungsleitung verfügt nicht über die nötigen Mittel zur Kostendeckung des Unternehmens. Es heißt daher, daß große Firmen finanzielle Weihilfe gewähren. Dies aber in dieser kapitalistischen Welt nach dem Grundsatz: do ut des, ich gebe, damit du gibst. Die Ausstellung wird für sie eine Riesenteklafe sein, die sich wohl bezahlt macht. Die Umstände, unter denen diese stattfindet, legen überhaupt die Vermutung nahe, daß unter vielem äußeren Pomp ein geschminktes Bild von der Frauentätigkeit entrollt werden wird.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Klara Zeitin (Bundel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von J. G. W. Metz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.